



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

AUSWIRKUNGEN DER UKRAINE-KRISE DER SOZIALE DIENSTLEISTUNGSMARKT DIE EISHOCKEY-WM DIE FREILASSUNG VON ALES BJALJAZKIJ

■ EDITORIAL		
Belarus im Zeichen der Ukraine-Krise		2
Astrid Sahn, Berlin		
■ ANALYSE		
Entwicklung des sozialen Dienstleistungsmarkts in Belarus		4
Astrid Sahn, Berlin		
■ KOMMENTAR		
Die Eishockey-WM in Minsk: gesellschaftliche und politische Perspektiven		7
Pavel Baravik / Clemens Günther / Anna Koubová / Maria Lydia Tandack / Alexander Wentker, Berlin		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Statistik zur Eishockey-WM		11
Meinungsumfragen zur Eishockey-WM und zu anderen Sportereignissen		11
■ DOKUMENTATION		
Belarussische Kommentare zur Freilassung von Ales Bjaljaskij		13
■ UMFRAGE		
Die Wahrnehmung der Ukraine-Krise in Belarus		16
■ CHRONIK		
26. März – 30. Juni 2014		20



IBB Internationales
Bildungs- und Begegnungswerk



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Belarus-Analysen
werden unterstützt von



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

Belarus im Zeichen der Ukraine-Krise

Astrid Sahn, Berlin

Im Kontext der Ukraine-Krise wird derzeit das System der internationalen Beziehungen neu justiert. An die Stelle eines kooperativen Ost-West-Verhältnisses droht eine neue, auf tiefgehenden Wertedifferenzen beruhende Konfrontation zu treten, die überwunden geglaubte Reminiszenzen an den Kalten Krieg hervorruft. Diese Entwicklung wirkt sich selbstverständlich auch auf Belarus aus. Paradoxerweise scheinen sich dabei aus der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen für die belarussische Führung neue Chancen für eine Annäherung an den Westen und damit für eine Reduzierung der einseitigen Abhängigkeit von Russland zu ergeben.

Auswirkungen der Ukraine-Krise

Denn nach dem Kiewer Machtwechsel distanzierte sich der belarussische Präsident Lukaschenka deutlich von der Ukraine-Politik seines russischen Amtskollegen Putin. So zog er die Legitimität der neuen ukrainischen Führung nie in Zweifel und empfing Ende März sogar den ukrainischen Übergangspräsidenten Oleksandr Turtschynow in seiner im Gebiet Homel gelegenen Residenz. Darüber hinaus kommunizierte er mit anderen ukrainischen Politikern, wie Vitali Klitschko und Leonid Kutschma, und gab der im ersten ukrainischen Fernsehkanal ausgestrahlten politischen Talkshow »Schuster-life« ein Interview. Dementsprechend ließ die belarussische Führung auch nie einen Zweifel daran, dass sie die Ergebnisse der ukrainischen Präsidentschaftswahlen am 25. Mai anerkennen werde. Zur Inauguration des neuen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko reiste Lukaschenka am 7. Juni sogar eigens nach Kiew.

Hinter den erkennbaren Anstrengungen der belarussischen Führung, eine Beeinträchtigung der guten bilateralen Beziehungen zur Ukraine durch die Krise zu verhindern, stehen zentrale wirtschaftliche Interessen. Denn die Ukraine ist nach Russland der wichtigste Handelspartner von Belarus. Dabei fällt für Belarus die Handelsbilanz in diesem Falle im Unterschied zu Russland positiv aus (+1,95 Mrd. versus -6,06 Mrd. US-Dollar in 2013). Die verschlechterte ukrainische Wirtschaftslage stellt somit eine beträchtliche Gefahr für Belarus dar.

Mit ihrer abweichenden Ukraine-Politik wollte die belarussische Führung jedoch auch den Kreml zu neuen Zugeständnissen bewegen. So drohte Lukaschenka Ende April damit, die Unterzeichnung des Abkommens über die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) am 29. Mai zu blockieren, solange dieses nicht auch im Ölsektor

einheitliche Regeln für alle drei Mitgliedsländer vorsehe. Denn aktuell führt Belarus jährlich etwa 3,5 Mrd. US-Dollar Zolleinnahmen aus dem Export von Erdölprodukten an den russischen Haushalt ab. Letztendlich musste sich Lukaschenka mit einem Teilerfolg bescheiden. Demnach soll 2015 die Hälfte der Zolleinnahmen aus dem Ölgeschäft bei Belarus verbleiben. Zudem sagte Russland weitere Kredite zu.

Auch in der Ukraine-Politik musste das offizielle Minsk dem Kreml entgegenkommen. So musste Präsident Lukaschenka am 12. März der Stationierung russischer Kampfflugzeuge in Baranowitschi zustimmen, und am 23. März erklärte das Staatsoberhaupt, dass die Krim inzwischen de facto ein Teil Russlands sei und dass Belarus Russland stets gegen den Westen unterstützen werde. Dementsprechend gehörte Belarus am 27. März auch zu den elf Staaten, die gegen die UN-Resolution zur territorialen Integrität der Ukraine stimmten. Um die Duldung des Kremls für eine begrenzt eigenständige belarussische Ukraine-Politik zu sichern, verstärkte die belarussische Führung während der Ukraine-Krise außerdem erkennbar ihre antiwestliche Rhetorik. Damit verringerte sie zugleich die Möglichkeiten, infolge der Ukraine-Krise ihre Beziehungen zu EU und den USA zu verbessern.

Ungestörte Eishockey-WM

Die Ukraine-Krise trug offensichtlich auch dazu bei, dass der Eishockey-WM, die im Mai 2014 in Minsk stattfand, in den westlichen Medien relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die Durchführung der WM in Minsk wurde zudem nicht von politischen Protesten und Boykottkampagnen beeinträchtigt. Hierzu trugen selbstverständlich die vorsorglichen Verhaftungen und andere Kontrollmaßnahmen bei, die von den belarussischen Sicherheitsbehörden angewandt wurden. Wie der Beitrag von Studierenden des Studienkollegs zu Berlin in dieser Ausgabe zeigt, verzichteten Menschenrechtsaktivisten jedoch z.T. auch bewusst während der WM auf öffentliche Kampagnen, um ihre weitere Arbeit nicht zu gefährden und unverständliche Reaktionen von Seiten der Bevölkerung zu vermeiden. Denn diese war mehrheitlich stolz darauf, dass ein derartiges internationales Mega-Sportereignis in ihrem Land stattfand, wie aus den Meinungsumfragen des Internationalen Instituts für sozio-ökonomische und politische Studien (IISEPS) zu erkennen ist.

Insgesamt bot die Eishockey-WM der belarussischen Führung ein lang ersehntes Erfolgserlebnis. Mit

651.314 Zuschauern bei 64 Spielen wurde sie zur WM mit den bisher höchsten Besucherzahlen. Auch die für internationale WM-Gäste geltende Visafreiheit wurde unisono positiv bewertet. Es bleibt abzuwarten, ob das offizielle Minsk sich aufgrund dieser Erfahrung zu weitergehenden Schritten in Richtung Visavereinfachung oder –freiheit entschließt, um das Land attraktiver für Touristen zu machen.

Die Visafreiheit blieb zudem die einzige Geste Richtung Westen, die Hoffnung auf eine eventuelle Liberalisierung wecken konnte. Die Erwartung, dass die belarussische Führung im Vorfeld der WM sich zur Freilassung der politischen Gefangenen entschließen würde, erfüllte sich hingegen nicht. Stattdessen kam es während der WM in Belarus sogar zur erneuten Anwendung der Todesstrafe, deren Abschaffung seit langem zu den zentralen Forderungen des Europarats gehört. Belarus bleibt damit das einzige Land in Europa, in dem die Todesstrafe weiterhin eingesetzt wird und nicht zumindest ein Moratorium gilt.

Freilassung Bjaljzkijs

Umso erstaunlicher erscheint auf den ersten Blick die vorzeitige Haftentlassung des belarussischen Menschenrechtlers Ales Bjaljzkijs, die etwa einen Monat nach Abschluss der Eishockey-WM im Rahmen einer Amnestie erfolgte, die Präsident Lukaschenka aus Anlass des 70. Jahrestags der Befreiung Belarus' vom der deutschen Besatzung im 2. Weltkrieg beschloss. Die Frage, welche Bedeutung diesem Schritt zukommt, wird in der belarussischen und internationalen Öffentlichkeit unterschiedlich interpretiert. So wird einerseits die These vertreten, dass die Freilassung in dem Kalkül erfolgte, die Beziehungen zur Europäischen Union zu verbessern und von dieser konkrete Gegenleistungen zu erhalten. Andererseits besteht auch die Möglichkeit, dass die

Anwendung der Amnestie auf Bjaljzkijs überhaupt keinen außenpolitischen Bezug hat und auf eine Pressekonferenz des belarussischen Staatsoberhauptes Anfang des Jahres zurückgeht. Denn damals hatte Lukaschenka auf Nachfrage öffentlich versprochen zu überprüfen, ob die vermeintliche Steuerschuld Bjaljzkijs von seinen Unterstützern tatsächlich bereits beglichen wurde, und in diesem Falle eine vorzeitige Freilassung zu erwägen. Sollte letztere Annahme zutreffen, dann dürfte sich am Schicksal der anderen sieben Personen, die von der Europäischen Union als politische Gefangene eingestuft werden, in absehbarer Zeit nichts ändern. Einen ausführlicheren Einblick in die innerbelarussische Debatte zu der Freilassung Bjaljzkijs und ihre Einordnung in den aktuellen außenpolitischen Kontext gibt die Dokumentation in dieser Ausgabe.

Soziale Reformen

Über die vielfältigen aktuellen politischen Ereignisse sollte allerdings nicht übersehen werden, welche strukturellen Veränderungen sich auf gesellschaftlicher Ebene in Belarus vollziehen und mit welchen Strategien die belarussische Führung hierauf reagiert. So haben demographischer Wandel und knappe Haushaltskassen beispielsweise bereits zu innovativen Reformansätzen im staatlichen Sozialversorgungssystem geführt, wie der nachfolgenden Analyse zu entnehmen ist. Ob diese Reformen dazu führen, dass der belarussische Staat mittelfristig tatsächlich seinen Monopolanspruch in zentralen gesellschaftlichen Bereichen aufgibt und zivilgesellschaftlichen Akteuren mehr Partizipationsmöglichkeiten einräumt, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilt werden. Doch es ist offensichtlich, dass der Ausgang dieser Reformprozesse von entscheidender Bedeutung für die Zukunft von Belarus als einem modernen Staat sein wird.

Lesetipps:

- Anna Maria Dyer: Belarus – Political and Economic Perspectives in the Context of Changes in Eastern Europe, PISM-Bulletin, No. 95, 2.7.2014, <http://www.pism.pl/files/?id_plik=17727>
- Astrid Sahm: Verhaltene Reaktionen in Belarus auf die Ukraine-Krise, SWP-Aktuell 46, Juni 2014, <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A46_saa.pdf>
- Charles Grant: Can the EU help Belarus to guard its independence? Centre for European Reform, 3.4.2014, <<http://www.cer.org.uk/insights/can-eu-help-belarus-guard-its-independence>>
- What happened to Ukraine and what consequences might Belarus have to face? BISS BLITZ BB #02/2014 EN, 16.4.2014, <http://belinstitute.eu/sites/biss.newmediahost.info/files/attached-files/BISS_Blitz02_2014en.pdf>

Entwicklung des sozialen Dienstleistungsmarkts in Belarus

Astrid Sahn, Berlin

Zusammenfassung:

Mit der Neufassung des Gesetzes »Über Sozialversorgung« erhielten belarussische NRO 2013 erstmals rechtlich die Möglichkeit, soziale Dienstleistungen mit staatlicher Finanzierung durchzuführen. Mit dieser Neuerung wurde eine grundlegende Reform des sozialen Versorgungssystems in Belarus eingeleitet, an deren Ende ein neues Rollenverständnis von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im sozialen Bereich stehen könnte. Für einen durchgreifenden Erfolg dieser Reform sind jedoch noch zahlreiche Hürden auf Seiten von Behörden und NRO zu überwinden.

Die soziale Betreuung von hilfsbedürftigen Bürgern in Belarus wurde vom Staat noch bis vor kurzem ausschließlich an staatliche Einrichtungen delegiert. Eine zentrale Rolle spielen dabei die »Territorialen Zentren für die soziale Versorgung der Bevölkerung«, von denen es derzeit insgesamt 146 gibt. Diese staatlichen Sozialzentren sind für das gesamte Spektrum an sozialen Dienstleistungen in einer Region, einer Stadt oder einem Stadtbezirk zuständig. Zum 1. April 2014 belief sich die Zahl der von den Sozialzentren betreuten Personen auf insgesamt 1,7 Mio. Personen. Hierzu gehören u. a. 694.000 alleinstehende oder alleinlebende alte Menschen, 113.000 Alleinerziehende, 69.000 kinderreiche Familien, 51.600 alleinstehende oder alleinlebende Menschen mit Behinderung, 22.700 Familien mit behinderten Kindern, 8.000 Waisen bzw. Sozialwaisen sowie 3.500 rezualisierungsbedürftige ehemalige Strafgefangene.

Staatliche Selbstüberforderung

Zur Betreuung dieser Zielgruppen gibt es in den Sozialzentren vielfältige Angebote, wie Ganztagesstätten für ältere und behinderte Menschen oder »Krisenzimmer« für Opfer häuslicher Gewalt. Die Zentren üben ebenso die Funktionen von Altersheimen und Behindertenwerkstätten aus. Sie organisieren Kleiderkammern und andere soziale Unterstützungsmaßnahmen, bieten Beratungen und Weiterbildungskurse an (z. B. Computerkurse für ältere Menschen) und kümmern sich außerdem um die Alltagsbegleitung und medizinische Versorgung von pflegebedürftigen Menschen in ihrem häuslichen Umfeld. Um den Bürgern einen wohnortnahen Zugang zu den Sozialleistungen zu ermöglichen, unterhalten die Sozialzentren 31 Filialen und 1.070 soziale Versorgungsstellen. Zudem gibt es 77 hauswirtschaftliche »mobile Brigaden«, welche kurzfristig Haushaltshilfe leisten, sowie 120 »mobile Brigaden«, die für häusliche Pflege zuständig sind.

In den letzten Jahren zeichnete sich jedoch zunehmend ab, dass staatliche Strukturen langfristig den wachsenden Bedarf an sozialer Betreuung in der Bevöl-

kerung nicht mehr alleine befriedigen können. Dies ist insbesondere durch die demographischen Veränderungen bedingt, die u. a. durch die steigende Lebenserwartung sowie die zunehmende Landflucht der jungen Menschen ausgelöst werden. Infolgedessen müssen immer mehr Menschen betreut werden. Dabei erhöht sich der individuelle Betreuungsaufwand in vielen Fällen dadurch, dass es zahlreiche Dörfer gibt, in denen nur noch eine Handvoll alter Menschen als einzige ständige Bewohner lebt.

Bereits heute ist der Staat mit seinem umfassenden staatlichen Sozialversorgungsanspruch offensichtlich finanziell überfordert. Aus diesem Grunde bieten die staatlichen Sozialzentren immer mehr Dienstleistungen gegen Bezahlung an. So wurden im April 2013 lediglich 12 Prozent der angebotenen sozialen Dienstleistungen von den Empfängern vollständig bezahlt, während 88 Prozent kostenlos bzw. gegen eine partielle Eigenbeteiligung erbracht wurden. Binnen eines Jahres drehte sich dieses Verhältnis jedoch vollständig um: Im April 2014 wurden bereits 83,7 % aller erbrachten sozialen Dienstleistungen von den Empfängern vollständig bezahlt, während 13,9 % gegen eine partielle Eigenbeteiligung und nur 2,4 % kostenlos erbracht wurden.

Kooperationsangebot an NRO

Finanzielle Argumente spielten auch eine zentrale Rolle für die Begründung einer weiteren Reform des sozialen Versorgungssystems, nämlich für die rechtliche Verankerung des staatlichen Sozialauftrags im Rahmen der Neufassung des Gesetzes »Über Sozialversorgung«, die zum 1. Januar 2013 in Kraft trat. Als »staatlicher Sozialauftrag« wird in Belarus die Möglichkeit bezeichnet, dass regionale Sozialbehörden soziale Dienstleistungen unter NRO öffentlich ausschreiben und einen der Bewerber mit ihrer Erbringung beauftragen. Das die Gesetzesänderung initiierende Ministerium für Arbeit und Soziales begründete seinen Vorstoß gegenüber anderen Ministerien, wie dem Finanzministerium, vor allem mit der Erwartung, dass die Dienstleistungserbringung durch

NRO kostengünstiger sei als durch staatliche Stellen. Dabei verwies es auch auf die in Deutschland und anderen EU-Ländern, aber auch in einigen postsowjetischen Staaten, wie Kasachstan, existierenden Erfahrungen.

Hintergrund für diese Bereitschaft des Sozialministeriums sich auf eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit mit NRO einzulassen, sind freilich nicht rein finanzielle Überlegungen. Vielmehr konnte sich das Ministerium in den vergangenen 15 Jahren davon überzeugen, dass soziale NRO zentrale Motoren für Innovationen im Bereich der sozialen Versorgung sind. So haben etliche belarussische NRO langjährige Partnerschaften mit sozialen Organisationen in Deutschland und anderen europäischen Ländern aufgebaut, mit deren Hilfe beispielsweise neue Ansätze zur Inklusion von Menschen mit Behinderung, zur Begleitung von Sucht-abhängigen etc. in Belarus bekannt und erfolgreich in Pilotprojekten erprobt wurden. Die Ergebnisse dieser Pilotprojekte überzeugten auch die Vertreter staatlicher Behörden. Im Rahmen von internationalen Studienreisen konnten sich diese zudem selbst ein Bild davon verschaffen, wie in anderen Ländern Staat und NRO im Bereich der sozialen Versorgung kooperieren.

Internationale Reformimpulse

Infolge dieser zunächst punktuellen Zusammenarbeit bildete sich allmählich Vertrauen zwischen den beteiligten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren heraus, das die Grundlage für ein weitergehendes Kooperationsangebot legte. Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Entwicklung leistete von deutscher Seite das Förderprogramm Belarus, welches seit 2002 vom Dortmunder Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (giz) umgesetzt wird. In den Jahren 2010–2011 ermöglichte das Förderprogramm Belarus dem Sozialministerium umfassende Beratungen durch deutsche Experten. Dabei wurden den beteiligten Ministeriumsvertretern die Spezifika sowie die Vor- und Nachteile des deutschen sozialen Leistungserbringungsrechts vermittelt sowie konkrete Empfehlungen für die Einführung eines Vergaberechts für soziale Dienstleistungen in Belarus formuliert. In diese Beratungsprozesse waren zudem belarussische NRO einbezogen, um die Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven bei der Erarbeitung der gesetzlichen Regelungen zu ermöglichen. Parallel wurden Vertreter von regionalen Behörden und NRO in Weiterbildungskursen, die von der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte »Johannes Rau« Minsk (IBB Minsk) in Kooperation mit dem Fortbildungsinstitut des Sozialministeriums organisiert wurden, darin

geschult, wie eine öffentliche Ausschreibung erfolgt, wie die Kosten von sozialen Dienstleistungen berechnet werden, welche Qualitätsstandards angewendet werden etc.

Startschwierigkeiten

Doch trotz dieser intensiven Bemühungen, die durch Maßnahmen anderer internationaler Geber ergänzt wurden, waren zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Neufassung des Gesetzes »Über Sozialversorgung« Anfang 2013 noch nicht die Voraussetzungen für die aktive Umsetzung des staatlichen Sozialauftrags gegeben. Der praktischen Anwendung des neuen sozialpolitischen Instruments standen insbesondere folgende Hürden im Weg:

- für 2013 waren keine staatlichen Haushaltsmittel für den staatlichen Sozialauftrag bereit gestellt worden;
- es gab keine verbindlichen Qualitätsstandards für soziale Dienstleistungen, die Gegenstand des staatlichen Sozialauftrags werden können;
- viele regionale Behörden und lokale NRO waren bis dahin nur unzureichend über den neuen Mechanismus informiert. Im staatlichen Sozialauftrag sahen sie nicht in erster Linie eine Chance, sondern das Risiko im Falle der Vergabe bzw. des Erhalts von staatlichen Haushaltsmitteln mit zusätzlichen Überprüfungen über die zweckgemäße Mittelverwendung durch die Kontrollbehörden konfrontiert zu werden;
- das Gesetz sieht bisher nur die Finanzierung von Personalkosten, jedoch nicht von Sachkosten für Dienstleistungen im Rahmen des staatlichen Sozialauftrags vor. Damit sind die Anwendungsmöglichkeiten des staatlichen Sozialauftrags derzeit de facto auf ein begrenztes Spektrum sozialer Dienstleistungen eingeschränkt.

Piloterfahrungen

Dennoch fanden sich in 2013 Behörden und NRO, die bereit waren eine Vorreiterrolle bei der praktischen Einführung des staatlichen Sozialauftrags zu übernehmen. So gelang es dem Belarussischen Roten Kreuz mit Unterstützung des Förderprogramms Belarus und der deutsch-belarussischen Gesellschaft (dbg) in den Städten Hrodna und Nawapolazk zwei Pilotprojekte zum staatlichen Sozialauftrag im Bereich »Häusliche Pflege« durchzuführen. Im Falle Hrodna erklärte sich die zuständige Sozialverwaltung dabei sogar bereit, eigene Mittel aus dem Reservefonds der Stadt bereit zu stellen. Dies war landesweit der einzige Fall der öffentlichen Ausschreibung einer sozialen Dienstleistung für NRO in diesem Jahr. Er hatte jedoch die Wirkung eines Eisbrechers. Denn am Beispiel Hrodna konnte ein Durchführungsmodell für alle Etappen der Vergabe des staatli-

chen Sozialauftrags – angefangen von der Ausschreibung über die Auswahl, den Vertragsabschluss, die Mittelzuweisung bis hin zur Abrechnung – entwickelt werden, das anschließend allen interessierten Behörden und Organisationen zur Verfügung gestellt wurde.

Eine wichtige Rolle spielte hierbei ein Nationaler Runder Tisch, der Ende Mai 2013 in der IBB Minsk stattfand und zu dem Vertreter aus relevanten Ministerien und regionalen Behörden sowie NRO eingeladen waren. Als zentrales Ergebnis dieses Runden Tisches wurde im November 2013 eine zusätzliche Position in das staatliche Programm zur Entwicklung der sozialen Versorgung für 2011 bis 2015 aufgenommen. Hierdurch wurde die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Staatlichen Sozialauftrag ab 2014 möglich. Bereits Ende 2013 wurden auf der Homepage <www.icetrade.by>, über die alle öffentlichen Ausschreibungen in Belarus erfolgen, erste Ausschreibungen veröffentlicht. Eine vorläufige Auswertung der Ergebnisse dieses Ausschreibungsprozesses erfolgte beim 2. landesweiten Sozialen Forum im April 2014, das unter dem Motto »Sozialer Zusammenhalt kommt allen zugute!« als Kooperationsveranstaltung gemeinsam vom Sozialministerium, der IBB Minsk, dem »Office for European Expertise and Communication« sowie zahlreichen weiteren internationalen und nationalen Organisationen organisiert wurde und über 300 Teilnehmer aus über 10 Ländern in der IBB Minsk zusammenführte.

Zwischenbilanz

Zum Zeitpunkt des Sozialen Forums waren nach Angaben des belarussischen Sozialministeriums in 20 Bezirken von Belarus Ausschreibungen zur Vergabe von sozialen Dienstleistungen erfolgt. Dabei kam es in 14 Fällen zu einem Vertragsabschluss, wobei das Gesamtauftragsvolumen 1,3 Mrd. BYR (etwa 94.000 Euro) betrug. In den anderen Fällen scheiterte die Ausschreibung mangels Bewerber – denn nach dem geltenden Recht ist die Beteiligung von mindestens zwei Bewerbern Voraussetzung für eine Vergabe. Bis Mitte Mai 2014 erhöhte sich die Anzahl der unterzeichneten Verträge auf 24, zudem waren weitere Ausschreibungen in der Zwischenzeit erfolgt, die noch nicht abgeschlossen waren.

Die Zwischenbilanz der Einführung beim 2. Sozialen Forum ermittelte folgende Trends:

1. Die Mehrzahl der Ausschreibungen erfolgte in den Gebieten Minsk, Hrodna und Wizebsk. In der Hauptstadt Minsk gab es bis Mitte Mai zwei – noch nicht abgeschlossene – Ausschreibungen, im Gebiet Brest eine Ausschreibung, in den Gebieten Homel und Mahilau noch keine.
2. In 21 der bis Mitte Mai abgeschlossenen 24 Verträge war das Belarussische Rote Kreuz Gewinner

der Ausschreibung, in den drei anderen Fällen ging der Zuschlag an die katholische Caritas sowie zwei weitere NRO.

Es lässt sich folglich eine ungleiche Beteiligung der regionalen Behörden an der Einführung des staatlichen Sozialauftrags erkennen. Dabei gibt es derzeit allerdings nur im Gebiet Gomel eine strikte Verweigerungshaltung der Gebietsbehörden gegenüber diesem neuen sozialpolitischen Instrument, die z.T. durch Personalwechsel in der Leitung der Gebietsverwaltung bedingt zu sein scheint. Dabei wäre gerade das Gebiet Homel besonders für die Vorreiterrolle beim staatlichen Sozialauftrag prädestiniert gewesen, da hier nach Minsk die höchste Zahl sozial aktiver NRO in Belarus zu verzeichnen ist. Im Falle eines erfolgreichen Verlaufs der 2014 vergebenen Sozialaufträge ist jedoch davon auszugehen, dass sich auch die bisher passiven bzw. ablehnenden Gebiete an der Anwendung des staatlichen Sozialauftrags beteiligen.

Die erkennbare Dominanz des Belarussischen Roten Kreuzes bei der Vergabe des staatlichen Sozialauftrags kann einerseits als ein Hinweis auf die Risikoscheu der belarussischen regionalen Behörden gedeutet werden, die aufgrund der weiter oben erwähnten Angst vor zusätzlichen Kontrollen in der Anfangsphase nur mit bewährten Organisationen zusammenarbeiten wollen. Ein mindestens ebenso gewichtiger Grund dürfte jedoch sein, dass die meisten bisher erfolgten Ausschreibungen sich auf den Bereich der häuslichen Pflege beziehen, für deren Durchführung eine medizinische Qualifikation Voraussetzung ist. Mitarbeiter mit medizinischen Qualifikationen haben jedoch nur die wenigsten belarussischen NRO vorzuweisen. Dementsprechend haben die Ausschreibungen, bei denen andere NRO einen Sozialauftrag erhielten, andere Dienstleistungen zum Gegenstand (u. a. Angebote für Menschen mit Behinderung, Begleitung von Suchtabhängigen). Beim Sozialen Forum in Minsk zeigte sich zudem, dass neben den sozialen Behörden auch andere Behörden ein Interesse an der Anwendung des staatlichen Sozialauftrags haben, z. B. das Innenministerium im Bereich der Resozialisierung von ehemaligen Strafgefangenen. Mittelfristig könnte daher das Spektrum der sozialen Dienstleistungen deutlich erweitert werden, so dass auch mehr NRO Beteiligungschancen erhalten.

Erfolgsvoraussetzungen

Gleichwohl besteht in der jetzigen Phase die Gefahr, dass sowohl bei den staatlichen als auch bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren infolge der Anfangsschwierigkeiten des staatlichen Sozialauftrags ein Frustrationseffekt entsteht. So zeigen sich beispielsweise staatliche Vertreter darüber enttäuscht, dass NRO sich nicht ausreichend aktiv bei Ausschreibungen bewerben sowie häufig nicht

die Dienstleistungen anbieten, nach denen nach staatlicher Einschätzung ein Bedarf besteht. NRO wiederum beschwerten sich mit Recht darüber, dass viele staatliche Vorgaben für NRO nicht erfüllbar sind. Hierzu gehört beispielsweise die Anforderung, dass NRO keinen Vorschuss vom Staat für den Sozialauftrag erhalten, sondern erst nach erbrachter Dienstleistung die hierbei entstandenen Personalkosten erstattet bekommen. De facto ist jedoch kaum eine belarussische NRO in der Lage, entsprechende finanzielle Vorleistungen zu erbringen.

Damit die angestoßene Reform des Sozialsystems letztendlich ein Erfolg wird, müssen sich beide Seiten weiter aufeinander zu bewegen. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen sich zusätzliche Kompetenzen aneignen und sich entscheiden, ob sie ihre sozialen

Dienstleistungen auf den vom Staat definierten Bedarf hin entwickeln bzw. wie sie die staatlichen Stellen von zusätzlichen Bedarfen überzeugen wollen, um das mit dem staatlichen Sozialauftrag verbundene »Fenster der Gelegenheit« für die Beendigung des staatlichen Monopols in der Sozialversorgung nicht zu verpassen. Die zuständigen staatlichen Stellen müssten ihrerseits die finanzielle Ausstattung und die Anwendungsmöglichkeiten des staatlichen Sozialauftrags erweitern, damit NRO nicht von der fehlenden Attraktivität des Kooperationsangebots abgeschreckt werden. Denn die sozialen Herausforderungen der Zukunft werden sich nur gemeinsam und im internationalen Erfahrungsaustausch bewältigen lassen.

Über die Autorin:

Dr. Astrid Sahn (*1968) ist Politikwissenschaftlerin und derzeit als Leiterin der Berliner Repräsentanz des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks in Dortmund tätig.

Lesetipps:

- Raisa Sinelnikowa: Sozialauftrag als Schritt zur sozialen Partnerschaft, in: Belarus-Perspektiven, Nr. 55, Winter 2012, S. 12–13.
- Gosudarstvennaja socialnaja podershka, Information des belarussischen Ministeriums für Arbeit und Soziales, <<http://www.mintrud.gov.by/ru/gosudarstvennaya-socialnaya-podderzhka>> (Daten auf dem Stand vom 1. April 2014).

KOMMENTAR

Die Eishockey-WM in Minsk: gesellschaftliche und politische Perspektiven

Pavel Baravik / Clemens Günther / Anna Koubová / Maria Lydia Tandack / Alexander Wentker, Berlin

Die Eishockey-Weltmeisterschaft, die im Mai 2014 in Belarus ausgetragen wurde, ist nur eines von vielen Sportgroßereignissen, die in letzter Zeit im postsowjetischen Raum stattfinden. Ihr vorausgegangen waren u. a. die Fußball-Europameisterschaft 2012 in der Ukraine sowie die Olympischen Spiele 2014 in Sotchi. Die Berichterstattung in Deutschland und anderen EU-Staaten konzentriert sich dabei vorrangig auf die politischen und wirtschaftlichen Dimensionen dieser Großereignisse. Dadurch geraten das Problem Korruption sowie die Selbstinszenierung der Machthaber im Osten in den Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit. Ausgespart bleibt hingegen häufig, welche Auswirkungen internationale Sportevents auf die Gesellschaften in den Austragungsländern haben. Wie werden sie von den Menschen vor Ort wahrgenommen

und welche Prozesse stoßen sie an? Und welche Rolle spielt Europa bei alledem? Diesen Fragen sind fünf Studierende aus Belarus, Deutschland, Polen und Tschechien im Rahmen des Studienkollegs zu Berlin ein Jahr lang in der Forschungsgruppe »Macht Spiele – Großereignisse im postsowjetischen Raum« nachgegangen. Auf der Suche nach Antworten reisten sie u. a. zweimal, im März und im Mai 2014, nach Minsk. Im Ergebnis entstand eine Dokumentation mit Reportagen, aus der im Folgenden einige Auszüge zu lesen sind.

Don't Play with the Dictator!?

War die Entscheidung richtig, die Eishockey-WM 2014 in Belarus auszutragen, so dass die politische Führung die Gelegenheit bekam, sich mit einem solchen Sportgroßereignis zu präsentieren? Kann hierdurch ein gesell-

schaftlicher Mehrwert entstehen oder werden vor allem die bestehenden Herrschaftsverhältnisse gefestigt? Zwei regimekritische Nichtregierungsorganisationen erklären ihren Standpunkt zur Vergabe der Eishockey-WM an Belarus.

Pro

Aljaksandr Milinkewitsch, Vorsitzender der »Bewegung für Freiheit«

Belarus ist ein isoliertes Land. Seit dem Machtantritt Lukaschenkas vor genau 20 Jahren ist der ausländische Einfluss, spart man das Nachbarland Russland aus, ausgesprochen gering. Die Weltmeisterschaft könnte nun zu einer Öffnung des Landes beitragen. Wäre diese Entscheidung vom Internationalen Eishockeyverband zurückgezogen worden, hätte das die Isolation womöglich noch verstärkt, wo doch eigentlich eine stärkere Öffnung gefragt ist.

Dabei hat das Sportgroßereignis schon positive Effekte hervorgerufen. Direkt nach der Vergabe hat die Regierung zum Beispiel beschlossen, allen Fans, die ein Ticket zu WM-Spielen vorweisen können, eine visumsfreie Einreise in das Land zu gestatten. Solche Maßnahmen können dazu beitragen, den fehlenden Dialog zwischen den Kulturen in Gang zu setzen. Knapp 70 Prozent der Belarussen waren noch nie im westlichen Ausland, nicht einmal in den Nachbarländern Polen oder im Baltikum. Und auch diese Länder können von einer Öffnung profitieren und Besucher in das weitgehend unbekannte Land führen.

Die WM förderte somit den Austausch zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Fans und das ist einer der fundamentalen Aspekte der gegenseitigen Annäherung. Denn auch die EU-Bürger konnten viel kennenlernen in Belarus – eine einzigartige Kultur und Geschichte, aufrichtige Gastfreundschaft und an vielen Orten (trotz des Stempels »Diktatur«) europäisches Denken. Die WM 2014 könnte also langfristig zur Beendigung der Isolation beitragen. Die für Belarus beispiellose Maßnahme, die westlichen Grenzen temporär zu öffnen, zeigt neue Perspektiven für das Land auf, die auch über die WM hinaus ihre Wirkung in Belarus entfalten werden.

Contra

Michal Veselovský, Executive Director der tschechischen NRO »Civic Belarus«, einer der Organisatoren der Kampagne »Don't play with the dictator«

2009, als Belarus den Zuschlag für die WM erhielt, sah alles noch ganz anders aus: Das Land näherte sich Europa an. Bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2010 aber ließ Präsident Lukaschenka 700 Menschen festnehmen, darunter sieben von neun Gegenkandidaten. Es

ist nicht richtig, die WM einem Land zu überlassen, in dem Entscheidungsträger ihre politischen Gegner wegsperrten. Es hätte Bedingungen geben müssen, z. B. politische Gefangene freizulassen. Der Begriff des Fairplay, des Sportgeistes, sollte in der Politik genauso eine prägende Rolle spielen. Eine Präsidentschaftswahl, in der Kandidaten der Regierungsoption um ihre Freiheiten kämpfen müssen, folgt solchen Regeln nicht.

Die Hoffnungen auf einen Austausch zwischen Fans und Belarussen waren zu optimistisch, denn dazu konnte es nur sehr beschränkt kommen. Erstens war Minsk der einzige Austragungsort der WM und ist noch dazu die Stadt, in der Lukaschenka schon jetzt am wenigsten Zuspruch findet. In den Regionen ist die Isolation von Belarus noch viel deutlicher zu spüren. Zweitens sehen Hockey-Fans die WM oft lediglich als Anlass, um Spaß zu haben, und fahren nach drei, vier Tagen wieder nach Hause. Dies stellt keine reelle Gelegenheit dar, sich auszutauschen.

Die Isolierung des Landes konnte mit der WM nicht durchbrochen werden und das Regime fühlte sich in seinem Handeln nun sogar bestätigt und unterstützt. Die WM hätte woandershin verlegt werden sollen und es ist bedauerlich, dass dies nicht gelungen ist. Es ist natürlich wichtig, die Grenze zwischen dem Sport und der Politik zu respektieren, aber auch Eishockey sollte nicht mit geschlossenen Augen gespielt werden.

Reden ist Silber

Während der Eishockey-WM im Mai blieben die Straßen von Minsk frei von offenem Protest. »Jeglicher kritische Protest anlässlich der WM wäre für unsere Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung absolut kontraproduktiv«, beschreibt Aljaksandr Lahwiniez von der oppositionellen »Bewegung für Freiheit« das Dilemma. »Die Menschen freuen sich über das Event, sie hoffen, dass sich Belarus dadurch international beweisen kann und sie sind stolz, wenn das Land positiv wahrgenommen wird.« Es sei ohnehin schwer genug, die Menschen zu erreichen, in einem Land, in dem die Medien völlig in staatlicher Hand seien und ein öffentlicher Diskurs nicht stattfindet. Die WM könne man aber nicht als Plattform für einen solchen Diskurs nutzen, wolle man nicht vor allem Unverständnis ernten, bedauert Lahwiniez.

An möglichen Kritikpunkten mangelte es in Minsk dabei ebenso wenig wie in Sotschi. Waljanzin Stefanowitsch von der belarussischen Menschenrechtsorganisation »Wjasna« (zu Deutsch: »Frühling«) spricht von Zwangsarbeit beim Bau der Tschishowka-Arena, einer der Austragungsstätten der WM, und prangert die Situation von politischen Gefangenen in den Arbeitslagern sowie die Vollstreckung der Todesstrafe für politische Häftlinge an. Für besonders bedenklich hält er, dass die

Lokalbehörden der Stadt Minsk im Zuge einer »Säuberungs«-Kampagne im Vorfeld der WM massiv gegen Obdachlose und Prostituierte vorgegangen seien, um das Stadtbild von sogenannten antisozialen Elementen zu befreien. Während der WM jedoch vermeidet Stefanowitsch mit diesen Themen öffentliche Auftritte. Der Jurist formuliert neben mangelndem Verständnis in der Bevölkerung eine existentielle Sorge. »Wenn ich die Wahl habe zwischen fünf Minuten Protest auf der Straße, gefolgt von 15 Tagen Gefängnis oder aber stattdessen 15 Tagen effektiver Menschenrechtsarbeit – wofür werde ich mich da wohl entscheiden?«.

Während die Kritik einzelner Gruppen im Inland aufgrund staatlicher Repression und mangelnder medialer Aufmerksamkeit kaum Publikum findet, ist sie in Westeuropa medial durchaus präsent. Diese Aufmerksamkeit suchen und nutzen Aktivisten, wie Waljanzin Stefanowitsch, sehr bewusst. Zusammen mit elf internationalen Menschenrechtsorganisationen, unter anderem aus Deutschland, Frankreich, Schweden und Finnland, ist »Wjasna« Mitunterzeichnerin eines Appells, in dem sie die Staatschefs der Teilnehmerländer der WM auffordern, keine offiziellen Sport-Delegationen nach Minsk zu entsenden. Vor dem Hintergrund der gravierenden Menschenrechtsverletzungen im Land dürfe man der Staatsführung nicht die Möglichkeit geben, das Event als politische Plattform zu nutzen. Während Stefanowitsch dies erklärt, warten vor seiner Bürotür Reporter vom Deutschlandfunk. Für ihn ist es nicht das erste Interview mit ausländischen Medienvertretern im Zusammenhang mit der WM. Wenn man die Leute im Land über die inländischen Medien schon nicht erreiche, könne man wenigstens auf diese Weise versuchen, externen Druck auf das Regime aufzubauen. Dieser Druck könnte dann – so die vorsichtige Hoffnung – auch positive Auswirkungen auf die Situation im Inland haben.

Diese Hoffnung hat sich aber weder in Minsk noch in Sotschi und Moskau bestätigt. Weder in den Köpfen der Entscheidungsträger noch in denen der Bevölkerung sind die Kritikpunkte angekommen. Staatliche Repression und die negative Wahrnehmung kritischen Engagements in Bevölkerung und Medien waren dafür wichtige Faktoren. Viele Russen und Belarussen hingegen fühlen sich vielmehr vom Westen missverstanden. »Die Welt hat ein verzerrtes Bild von Russland: aggressiv, ungebildet, unterentwickelt. Das versuchen wir zu ändern, aber in westlichen Medien wird trotzdem nur antirussische Propaganda gezeigt, wie besoffene Bauarbeiter aus Sotschi, halbfertige Hotels oder skurrile Toiletten. Das ist echt schade. Deswegen ist es mir jetzt egal, was der Westen von uns hält«, kommentiert der Generalsekretär des russischen Nationalen Olympischen Komitees Marat Barijew.

Isolation in Gefahr?

»Die Fans bleiben im Bus, alle Anderen steigen aus«, sagt die belarussische Grenzbeamtin. Dieselbe Beamtin, die vor drei Minuten in den Bus eingestiegen ist und zuerst auf Englisch gefragt hat, welche Sprache sie benutzen solle: Englisch oder Russisch. Es ist der 8. Mai 2014 und an der polnisch-belarussischen Grenze tauschen Reisende überraschte Blicke aus. »Da hatte jemand Glück«, bemerkt eine alte Belarussin in Richtung der Fans. Wer für die Weltmeisterschaft kommt und das mit einem Ticket beweisen kann, muss nämlich nicht zur Kontrolle aussteigen, muss weder Visa noch Reiseversicherung vorlegen, so wie es Belarus mehrere Monate zuvor versprochen hatte.

Auch die belarussische Opposition, die sonst mit Lob für Aktionen des Regimes sehr sparsam ist, sieht in dem Ereignis eine große Chance. So bemerkt Aljaksej Janukewitsch, der Vorsitzende der Belarussischen Nationalen Front (BNF), einer der wichtigsten oppositionellen Kräfte im Land: »Die Partei hat sich über die Vergabe gefreut. Die WM muss man als eine Chance für die Gesellschaft sehen, mit Ausländern in Kontakt zu kommen. Dazu werden die Belarussen versuchen, sich in Abgrenzung zu Russland als ein selbständiges Land zu präsentieren.« Sport sei der wichtigste Weg, wie sich Belarus internationalisieren könne, bestätigt auch Euhon Prejherman von dem jungen belarussischen Think-Tank Liberaler Klub. »Belarus ist mehr als Lukaschenka« und gerade die WM biete die Möglichkeit, dies der Welt zu zeigen.

Diese positiven Erwartungen der Aktivisten gehen auch auf die Fußball-EM 2012 in der Ukraine zurück und auf ihre Rolle dort für gesellschaftliche Veränderungen. Mathias Brandt, Projektdirektor für ein im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchgeführtes Projekt der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Kiew ist sich sicher, dass diese ganz eindeutig zu deutlich mehr europäischem Denken bei den Ukrainern beigetragen hat. »Die Hockey-WM ist eine zu kleine Nummer, da glaube ich nicht an Impulse für Belarus. Fußball ist der Sport, der die Massen bewegt, nicht Olympia oder Eishockey«, schätzt allerdings Michael Hamalij, der während der Fußball-EM 2012 die Stadtverwaltung in Kiew beriet, die Übertragung dieser Erfahrungen auf die Situation in Belarus skeptisch ein.

Die Besucherzahlen der Eishockey-WM in Minsk übertrafen alle Vorhersagen. Die WM setzte mit ungefähr 650.000 Zuschauern einen neuen Rekord. Es kamen auch über 30.000 ausländische Gäste, die über die Grenze von Lettland, Litauen, Polen und der Ukraine einreisten und in den Genuss der zeitweiligen

Aufhebung der Visapflicht kamen. Dabei hatte zum Beispiel die Menschenrechtsorganisation »Wjasna« nur mit ungefähr halb so viel Gästen aus dem Westen gerechnet. Schon in den ersten Tagen der Weltmeisterschaft waren auch deutliche Veränderungen des Minsker Stadtzentrums zu beobachten: »Wir brauchten fast eine Stunde für die Überquerung des Hauptplatzes. So viele Belarussen wollten sich mit uns fotografieren lassen«, grinsen Fans, die aus der Schweiz angereist waren. Die Tschechen pflichten dem gleich bei: »Wir fühlen uns als wirkliche Promis hier.« Überall hört man slowakisch, tschechisch, deutsch oder auch italienisch. In der U-Bahn werden Hockey-Gesänge skandiert. »Es ist eine sehr saubere Stadt und die Menschen sind so offen«, klingt es dann unisono und auch etwas verwundert seitens der Fans.

Wie sorgfältig sich das Land vorbereitet hatte, kann man sehr gut an den vielen englischen Schildern ablesen. Durchsagen in der U-Bahn laufen ebenfalls auf Belarussisch und auf Englisch. In den Straßen stehen vereinzelte Gruppen von Freiwilligen in roten Jacken, die bemüht, allerdings oft auch etwas verwirrt wirken: von Public Viewing weiß niemand etwas oder aber sie schicken im Brustton der Überzeugung die Ausländer zu Orten, an denen es dann doch keines gibt. Dafür gibt es aber genügend Einheimische ohne rote Jacken, die verwirrt vor einem Stadtplan stehende ausländische Fans aus eigener Initiative mit einem »Do you need help?« ansprechen und kurz den Weg zum Stadion erklären.

Bestätigen die Statistiken sowie die positive Resonanz auf die sorgfältige Vorbereitung die Hoffnungen

auf Austausch, die besonders von belarussischen Aktivist*innen zu hören waren? Die Beweggründe für die Anreise der Fans unterscheiden sich, sie sind aber größtenteils ins Land gekommen, um einfach nur Spaß zu haben. »Hauptsache keine politischen Debatten hier! Darüber wird hier nicht gesprochen«, meint ein tschechischer Fan, als in der Gruppe die Frage aufkommt, wieso hier Menschen kein Belarussisch sprechen und ob das möglicherweise politische Gründe hätte.

Und wie sieht es mit der angekündigten Abgrenzung zu Russland aus? Als Eröffnungstag wurde der 9. Mai, der Tag des Sieges über Hitlerdeutschland im Zweiten Weltkrieg, gewählt. Obwohl man in Minsk im Gegensatz zu Moskau auf eine Militärparade verzichtet, gefeiert wird trotzdem. Hier und da sind Menschen zu sehen, die ihr Gesicht mit einer belarussischen und einer russischen Flagge bemalt haben. Der Gesang »Belarus, Belarus!« ist nicht zu überhören. Und wenn man die Nationalhymne auf Belarussisch in den Knien hört, wird zumindest eines sehr klar: Die Belarussen sind stolz auf ihre Nation und wollen das auch zeigen. Mit Gesängen, aber auch mit Gastfreundlichkeit. »Wir kommen auf jeden Fall eines Tages wieder«, versichern viele europäische Fans. Ob der Austausch zwischen einheimischen Fans und ausländischen Besuchern über die Sporttage hinausgehen könnte und inwieweit die WM tatsächlich zu einem Durchbrechen der Isolation führen könnte, bleibt allerdings unmittelbar nach dem Ereignis unklar.

Über die Autoren:

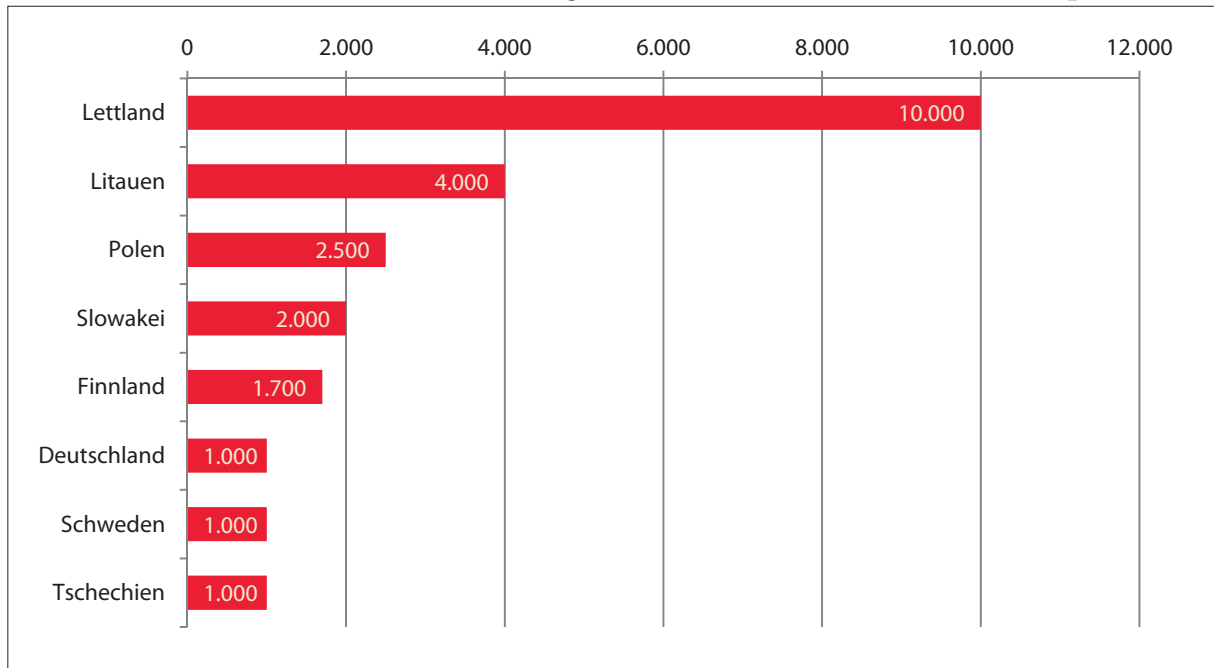
Pavel Baravik (geb. 1985, Belarus), Clemens Günther (geb. 1989, Deutschland), Anna Koubová (geb. 1990, Tschechien), Maria Lydia Tandek (geb. 1989, Polen), Alexander Wentker (geb. 1994, Deutschland) sind 2013/14 Kollegiaten des Studienkollegs zu Berlin. Das Studienkolleg zu Berlin ist eine gemeinsame Initiative der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung in Kooperation mit dem Wissenschaftskolleg zu Berlin und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (<<http://www.studienkolleg-zu-berlin.de>>).

Lesetipps:

- Yauheni Preiherman: Ice Hockey World Cup In Minsk: The Party Is Over, Belarus Digest, 28.05.2014, <<http://belarusdigest.com/story/ice-hockey-world-cup-minsk-party-over-18025>>.
- Sandra Użule-Fons und Alexandra Kirby: World Ice-Hockey Championships In Belarus: What Did Journalists See Beyond Sport? Belarus Digest, 30.05.2014, <<http://belarusdigest.com/story/world-ice-hockey-championships-belarus-what-did-journalists-see-beyond-sport-18046>>.
- Geysa Gonzalez: Dictators Continue to Score in International Sporting Events, 20.8.2013, <https://webmail.jpberlin.de/roundcube/?_task=mail&_refresh=1&_mbox=INBOX>.

Statistik zur Eishockey-WM

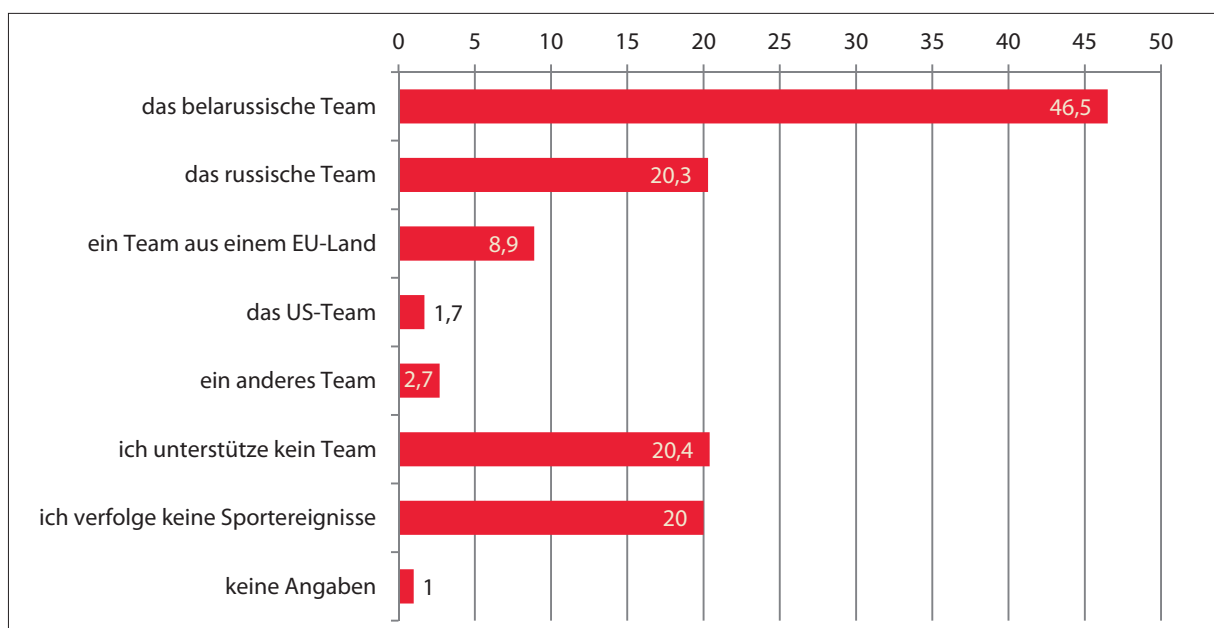
Grafik 1: WM-Gäste aus EU-Ländern (Angaben des belarussischen Tourismus-Departements)



Quelle: Okolo 29 tysjatsch turistow priechali na TschM po chokkeju bez visy, <<http://eurobelarus.info/news/society/2014/05/22/pochti-27-tysjach-turistov-priehali-na-chm-po-hokkeju-bez-vizy.html>>

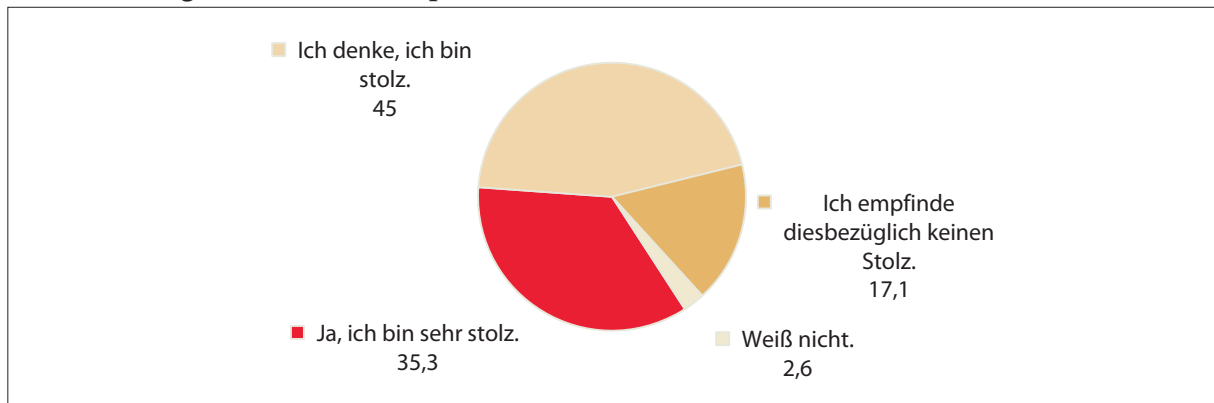
Meinungsumfragen zur Eishockey-WM und zu anderen Sportereignissen

Grafik 1: Die Sportmannschaften welcher Länder unterstützen Sie? (mehrere Antworten möglich, März 2014) (%)



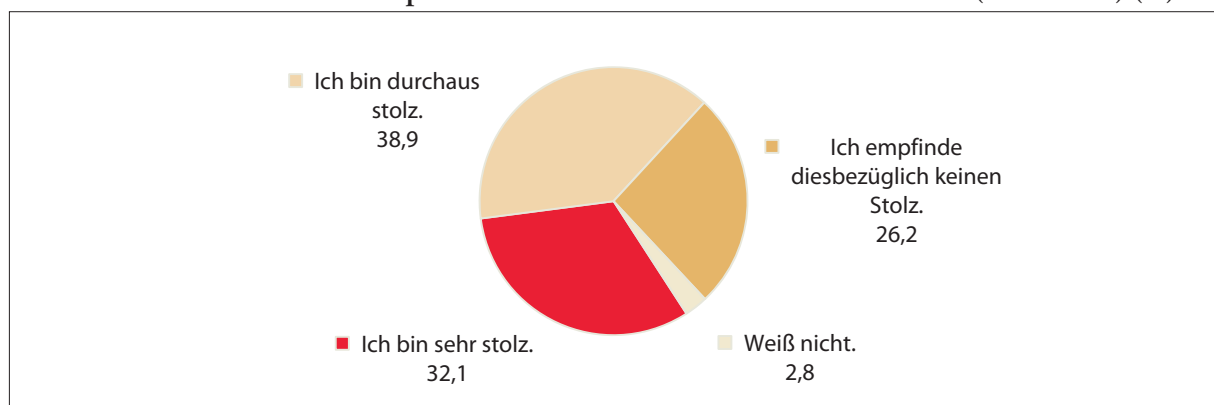
Quelle: IISEPS, Infofocus, März 2014, Tabelle 62, <www.iiseps.org>

Grafik 2: Bei den olympischen Winterspielen in Sotschi hat die belarussische Mannschaft gute Ergebnisse erzielt. Empfinden Sie Stolz auf das Team und Ihr Land? (März 2014) (%)



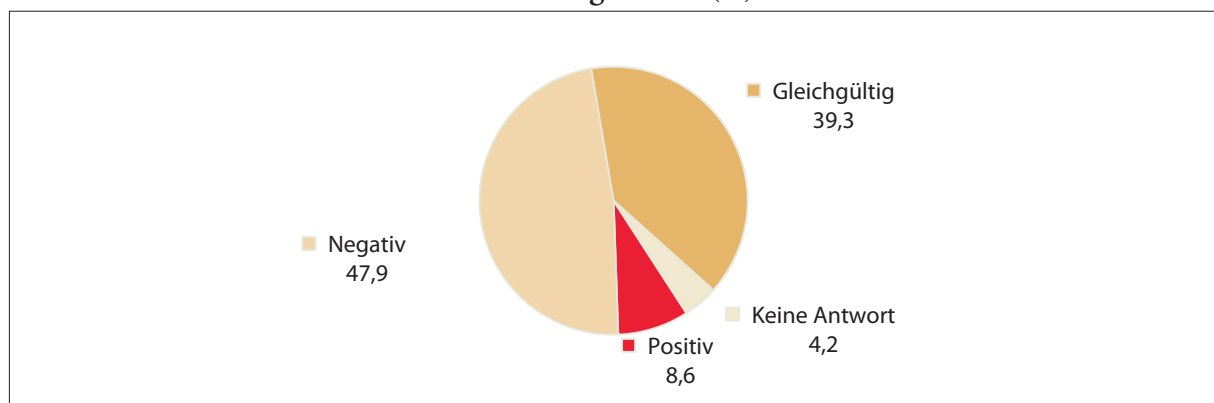
Quelle: IISEPS, Infofocus, März 2014, Tabelle 62, <www.iiseps.org>

Grafik 3: Bei der Eishockey-WM, die vor kurzem in Minsk stattfand, nahm auch die belarussische Mannschaft teil. Empfinden Sie Stolz auf das Team und Ihr Land? (März 2014) (%)



Quelle: IISEPS, Infofocus, Juni 2014, Tabelle 62, <www.iiseps.org>

Grafik 4: Einige belarussische und westliche Politiker rufen dazu auf, die Eishockey-WM 2014 nicht in Belarus auszutragen, wenn Menschenrechtsverletzungen bis dahin nicht beendet werden. Was ist Ihre Haltung hierzu? (%)



Quelle: IISEPS, Infofocus, März 2014, Tabelle 62, <www.iiseps.org>

Belarussische Kommentare zur Freilassung von Ales Bjalzskij

Am 21. Juni 2014 wurde der belarussische Menschenrechtler vorzeitig aus der Haft entlassen. Er wurde damit von der Amnestie erfasst, die von der belarussischen Führung traditionell im Vorfeld des Tags der Befreiung Belarus' von der deutschen Besatzung am 3. Juli beschlossen worden war. Bjalzskij war am 24. August 2011 unter dem Vorwurf der Steuerhinterziehung verhaftet und am 24. November 2011 zu 4,5 Jahren Haft verurteilt worden. Die für viele überraschende Freilassung des im Westen als politischer Gefangener eingestuftes Bjalzskijs gibt Anlass zu der Frage, ob die belarussische Führung damit das Ziel einer weitergehenden Verbesserung der Beziehungen mit der Europäischen Union und den USA verfolgt. Im Folgenden finden Sie einen Ausschnitt aus der innerbelarussischen Debatte.

Expertenposition: Lukaschenka braucht einen zweiten Flügel

Der Minsker Politologe Jurij Tschausau sieht [in der Freilassung Bjalzskijs] ein großes geopolitisches Spiel der belarussischen Führung. In seinen Kommentaren für [das Nachrichtenportal] Naviny.by zieht er eine Parallele zur Situation von 2008, als sich nach dem russisch-georgischen Krieg die »Perspektive der Versöhnung des Regimes mit dem Westen ergab«. Damals verweigerte Minsk ungeachtet des Drucks aus Moskau die Anerkennung von Abchasien und Südossetien. Dadurch ergab sich die Möglichkeit, die eigene geopolitische Position an den Westen zu verkaufen. »Doch die politischen Gefangenen stellten ein Hindernis auf dem Weg zu konkreteren Vereinbarungen dar«, so Tschausau.

Im Ergebnis wurden im August 2008 Sjarhej Parsjukewitsch, Andrej Parsjukewitsch, Andrej Kim und Aljaksandr Kasulin aus der Haft entlassen. Danach setzte das Tauwetter in den Beziehungen zur EU und zu den USA ein. Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise erhielt Belarus einen Kredit des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 3,5 Mrd. US-Dollar.

Angesichts des russisch-ukrainischen Konflikts, in dem Aljaksandr Lukaschenka keine eindeutige prorussische Position einnahm, schien sich erneut die Perspektive zu ergeben, eine rasche und kostengünstige Verbesserung der seit den Wahlen von 2010 verdorbenen Beziehungen zum Westen zu erreichen. [...]

Doch warum zeigt die Führung eine so offensichtliche Aktivität Richtung Westen? Die Politologen betonen den russischen Faktor. Angesichts der Aggression des Kremls gegen die Ukraine, »ist Lukaschenka ein wenig erschrocken«, so [der Experte Valer] Karbalewitsch.

Der machtverliebte Landesherrscher muss angesichts seiner hohen Abhängigkeit von Russland seinen geopolitischen Handlungsspielraum erweitern. Der Zeitpunkt dafür scheint günstig, weil der Westen ebenfalls von der Krim-Annexion und den Großmachtambitionen des Kreml erschreckt, sich nun mit Hinweisen zur Demokratie an die Adresse des »letzten Diktators in Europa« zurückhalten könnte (zumal inzwischen unklar ist, ob er überhaupt der letzte ist).

In diplomatischen Kreisen heißt es, dass man im Westen durchaus bereit sei, die gewisse Distanzierung Lukaschenkas vom Kreml in der ukrainischen Frage in begrenztem Maße zu honorieren. Mit der Freilassung der politischen Gefangenen könnte dies ohne Gesichtverlust geschehen.

Lukaschenka hat noch einen weiteren Trumpf. Denn von seiner Position hängt wesentlich ab, ob die Eurasische Wirtschaftsunion ein realer geopolitischer Block oder lediglich ein bürokratisches Gebilde wie der Unionsstaat [von Belarus und Russland] wird, so Tschausau. Natürlich ist der Westen nicht an der ersten, machtvolleren Variante interessiert. Und Lukaschenka verfügt über reiche Erfahrungen, wie er die Integrationsprojekte des Kremls in ihren Dimensionen verkleinern kann.

Worin besteht das Interesse der offiziellen belarussischen Führung? Die relative Normalisierung der Beziehungen zum Westen würde die Rückkehr zur traditionellen Politik des Manövrierens zwischen den internationalen Machtzentren erlauben. Tschausau konstatiert: »Lukaschenka braucht einen zweiten Flügel.«

Desweiteren wäre für die Rettung vor dem finanzwirtschaftlichen Zusammenbruch ein neuer IWF-Kredit mehr als hilfreich. Denn die Kreditabhängigkeit von Russland hat bedrohliche Ausmaße angenommen, so dass alleine die Diversifizierung der externen Schulden ein Vorteil wäre. Zudem vergibt der IWF Kredite zu humaneren Konditionen und könnte sogar seine Forderungen nach Reformen reduzieren. Die Verbesserung der Beziehungen zum Westen wäre ebenso ein Signal an ausländische Banken und Investoren.

Schließlich [...] gibt es den menschlichen Faktor. Es] war sichtbar, wie sehr sich [Lukaschenka] freute, als er vor kurzem bei der Amtseinführung von Petro Poroschenko in Kiew die Möglichkeit hatte, sich in einer Gesellschaft mit den Regierungschefs der EU-Staaten und dem US-Vizepräsidenten zu befinden. Dies verkündete er sogar stolz im Interview mit serbischen Medien: »Zumindest begrüßt man mich schon wieder und spricht mit mir.«

Quelle: Aleksandr Klaskowskij: *Bjaljzskij na wole: Lukaschenka ponadobilos wtoroe krylo, Swobodnye nowosti-pljus*, 23.06.2014, <<http://www.sn-plus.com/ru/page/news/4991/>>

Stellungnahme des Außenministers

Nach der Freilassung des bekannten belarussischen Menschenrechtlers Ales Bjaljzskij im Rahmen der Amnestie sind keine wesentlichen Veränderungen in den Beziehungen des Westens zu Belarus zu erwarten.

Das ist der Kern der Aussagen, die Außenminister Uladsimir Makej im Interview mit der Sendung »Glawnyj efir« des ersten Fernsehkanals machte. Das Interview wurde am Abend des 29. Juni ausgestrahlt. Dabei erwähnten weder der Interviewer noch der Interviewte den Namen des Menschenrechtlers.

»Wir betrachten die Lage realistisch, und wir wissen, dass selbst für den Fall, dass wir alle so genannten »politischen Gefangenen« freilassen würden, [von westlicher Seite] neue Vorwürfe gegenüber Belarus erhoben würden. Beispielsweise, warum in Belarus keine gleichgeschlechtlichen Ehen registriert werden. [...]

Dass Belarus seine eigene, obgleich vielleicht nicht ideale, aber eben seine eigene Politik durchführt, die von den Interessen unseres Volkes, unseres Staates ausgeht, dass Belarus sich nicht dem Verlauf des Windes von Ost oder West, Nord oder Süd unterordnet, das gefällt natürlich vielen nicht«, betonte der Außenminister.

Seinen Worten zufolge ist Belarus stets für einen gleichberechtigten Dialog mit der EU und den USA eingetreten und beabsichtigt auch weiterhin, dieser Linie zu folgen. »Wir denken, dass nicht irgendeine Supermacht den Völkern in Lateinamerika, Afrika, Südostasien oder in Europa vorgeben soll, wie sie sich zu entwickeln haben, sondern das Volk soll selbst sein Schicksal entscheiden. Wir treten für die Vielfalt progressiver Entwicklungswege ein und nicht für eine unipolare Entwicklung der Welt.«

Quelle: Makej: *peremen v otnoschenii Sapada k Belarusi posle oswoboschdenija Beljzskogo shdat ne stoit, BelaPAN*, 1.7.2014, <<http://spring96.org/ru/news/71807>>

Rede von Ales Bjaljzskij vor dem Europaparlament

»[...] Im Gespräch mit den belarussischen Machthabern muss man verstehen, dass meine Freilassung nicht ohne Kalkül erfolgt ist. Das heißt, dass es ein Interesse der belarussischen Führung an der Verbesserung ihrer Beziehungen zur EU gibt. Dies hängt u. a. auch mit der geopolitischen Lage in unserer Region zusammen. Durch die Wirtschaftsunion, die Belarus mit Russland und Kasachstan abgeschlossen hat, ist Belarus zu nahe an Russland gerückt und Präsident Lukaschenka möchte mehr Handlungsspielraum. Zudem haben die Ereignisse in der Ukraine zur mehr Vorsicht bei der belarussischen Führung gegenüber den östlichen Nachbarn geführt. Und aus diesem Wunsch bzw. dem Bedarf, die Beziehungen zur EU zu verbessern, um einen »zweiten Flügel« zu haben, sieht Präsident Lukaschenka sich zu Zugeständnissen gezwungen.

Es ist jedoch schwer zu sagen, wie weit er mit diesen Zugeständnissen zu gehen bereit ist. Wir haben bereits entsprechende Phasen erlebt. In den Jahren 2008–2010. Damals gab es ein abruptes Ende. Jetzt ist es wichtig, einen klaren Kopf zu behalten und nicht der Euphorie zu verfallen, dass die Freilassung von Bjaljzskij ein wichtiger positiver Schritt sei. Denn die politischen Gefangenen sind weiterhin im Gefängnis, der Repressionsapparat funktioniert immer noch und die Beschränkungen der politischen, bürgerlichen und sozialen Rechte sind immer noch in Kraft. Es ist erforderlich, die Situation in Belarus genau zu beobachten und ausgehend von konkreten Schritten zur umfassenden Verbesserung der Menschenrechtssituation in Belarus Entscheidungen über Kontakte auf höchster Ebene mit Belarus zu treffen.

Eine »Aserbaidschanisierung« der Situation in Belarus ist sicher nicht das, was wir wollen. Wir denken, dass die wirtschaftliche Hilfe, die Lukaschenka so sehr erhalten möchte, eng mit der Hilfe für die Zivilgesellschaft in Belarus verbunden sein muss. Diese beiden Dinge müssen untrennbar miteinander verknüpft sein. Alles andere wäre ein Handel mit dem autoritären Regime [...], bei dem das Regime gestärkt wird [...].«

Quelle: Ales Beljzskij *w Europarlamente: Menja oswobodili ne prosto tak*, 2.7.2014, <<http://www.svaboda.org/content/article/25443470.html>>

Expertenposition: Kein Tauwetter in den Beziehungen zum Westen zu erwarten

Die Freilassung des amnestierten Menschenrechtlers Ales Bjalzaskij hat Politologen zur Vermutung veranlasst, das offizielle Minsk sei um einen neuen Balanceakt zwischen Europa und Russland bemüht. [...] Doch die einheimischen Experten übertreiben in ihrer Sehnsucht nach verbesserten Beziehungen zu Europa die Bedeutung der Freilassung Bjalzaskijs.

Der Kernfehler in der Analyse der Beziehungen zwischen Belarus und der EU ist die Annahme, dass beide Seiten ernsthaft versuchen, die Beziehungen wiederzubeleben. Denn weder für Minsk noch für Brüssel steht die andere Seite an oberster Stelle in ihren Prioritätenlisten.

[...] Im Rahmen der EU-Außenpolitik haben die ukrainische Krise und andere wirklich wichtige internationale Herausforderungen Belarus an den äußersten Rand der europäischen Tagesordnung verdrängt.

Auch die Bedeutung der Bemühungen des offiziellen Minsk, in der ukrainischen Frage zu manövrieren, sollte nicht überschätzt werden. Die EU hat weder die Möglichkeit noch die Zeit, um der Rhetorik des belarussischen Präsidenten, dessen Gewicht in diesem Konflikt gegen Null tendiert, besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Tatsächlich, ist der einzige Grund, aus dem die Europäische Union Belarus Aufmerksamkeit schenkt, die Geographie. Würde sich das Land auf einem anderen Kontinent befinden, würden ihm nicht einmal die jährlichen, routinemäßigen Resolutionen und Stellungnahmen gewidmet, in denen einzelne Schritten begrüßt oder verurteilt werden. [...]

Es stellt sich die Frage, was der Versuch, sich auf den beinahe mythischen »zweiten Flügel« der belarussischen Außenpolitik zu stützen, bringen kann. Wie kann die Europäische Union, die kein besonderes Interesse an Belarus hat, irgendeine Art von Gegengewicht zum russischen Einfluss schaffen?

Denn westliche Kredite und Investitionen wird es ohne strukturelle Wirtschaftsreformen nicht geben. [...] Die politische Führung kann sich jedoch nicht auf ernsthafte politische und wirtschaftliche Reformen einlassen, denn dies kommt für sie einem Selbstmord gleich. [...] Es besteht zudem die Gefahr, dass die Minsker diplomatischen Spielchen an der westlichen Front von der EU nicht ernst genommen werden, aber in Moskau, sobald sie dort bemerkt werden, zu tiefgehenden Verstimmungen führen. [...] So hofft das heutige Belarus zwar angesichts seiner Abhängigkeit von russischen Krediten auf Zugeständnisse von Seiten der EU, um neue Luft zum Atmen zu bekommen, doch zugleich ist klar, dass es sich keinen Streit mit dem Kreml erlauben kann. Der Flirt mit dem Westen ist ein zu riskantes Spiel. [...]

Die Freilassung von Bjalzaskij ist zudem nicht so unerwartet, wie einige Politologen sagen. Er wurde im Rahmen der Amnestie entlassen, wie von Aljaksandr Lukaschenka im Januar diesen Jahres angekündigt, als man ihn öffentlich darauf aufmerksam machte, dass die Unterstützer des Menschenrechtlers den Schaden, welcher dem Staat laut Gericht durch die vermeintliche Steuerhinterziehung entstanden sei, bereits vollständig beglichen haben. [...]

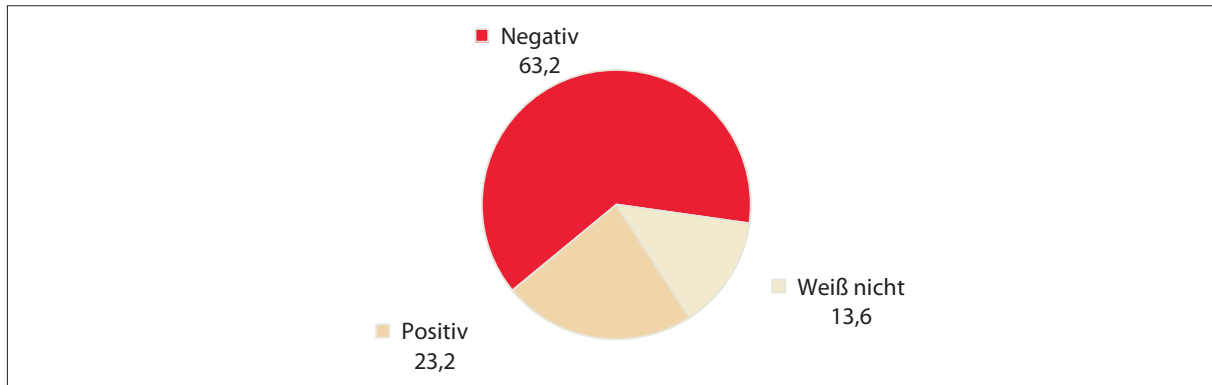
Die EU hat derzeit weder die Zeit noch das Interesse und auch nicht die Möglichkeiten, um für Belarus zu einem ernsthaften Gegengewicht zu Russland zu werden. [...] Das offizielle Minsk hat seinerseits seinen Handlungsspielraum so sehr eingeschränkt und zugleich seine Abhängigkeit von dem immer aggressiver in der Region agierenden Moskau so erhöht, dass man von ihm keine ernsthafte Zuwendung zum Westen erwarten kann.

Quelle: Artjom Schrajbman: *Oswobozhdenie Beljaskogo ne sposobno rasmorosit odnoschenija s Sapadom*, Nachrichtenportal Naviny.by, 4.7.2014, <http://naviny.by/rubrics/eu/2014/07/04/ic_articles_627_185955/>

UMFRAGE

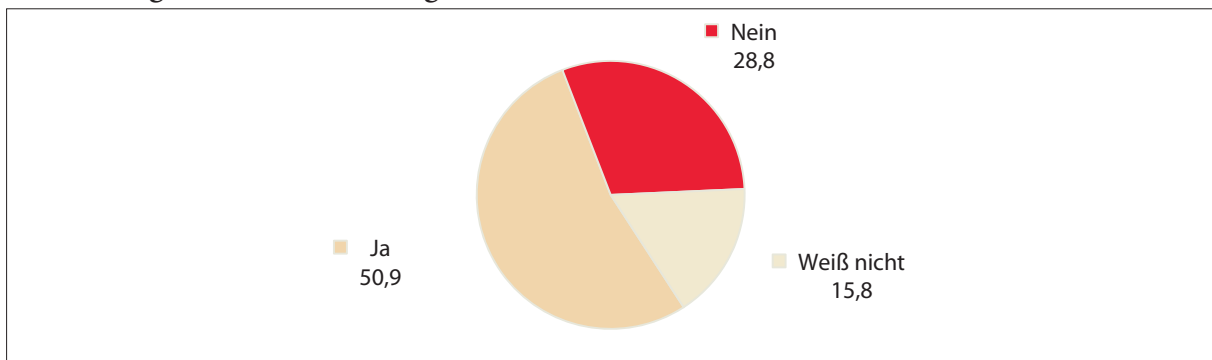
Die Wahrnehmung der Ukraine-Krise in Belarus

Grafik 1: Wie bewerten Sie den Maidan und die Amtsenthebung von Präsident Viktor Janukowitsch heute unter Berücksichtigung des weiteren Verlaufs der Ereignisse in der Ukraine? (%)



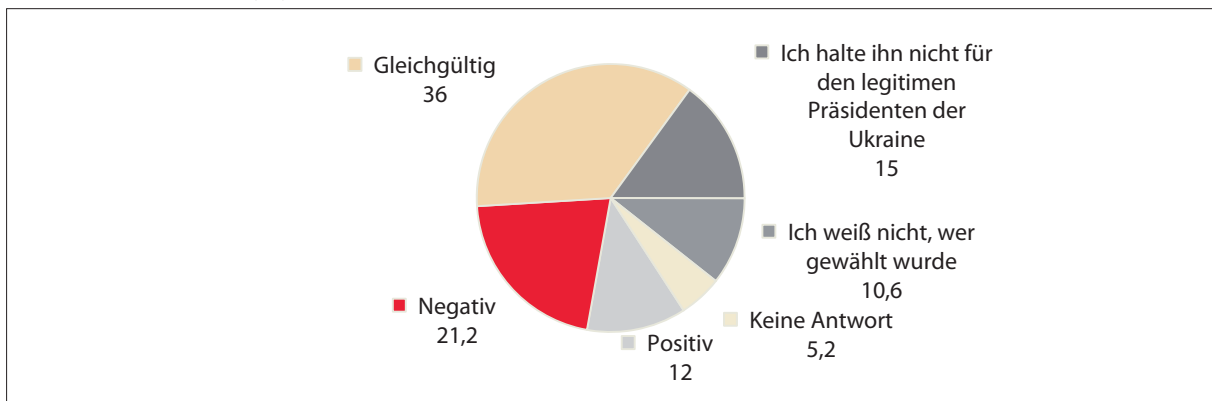
Quelle: IISEPS, Infofocus, Juni 2014, <www.iiseps.org>

Grafik 2: Stimmen Sie der Bewertung zu, dass es sich bei der nach Janukowitsch an die Macht gekommenen Führung um »Faschisten« handelt? (%)



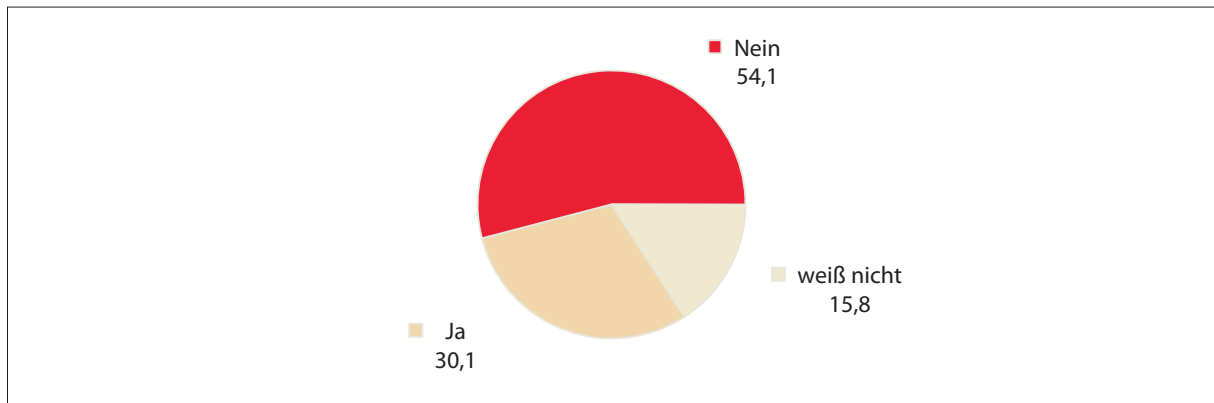
Quelle: IISEPS, Infofocus, Juni 2014, <www.iiseps.org>

Grafik 3: Wie stehen Sie zum neuen Präsidenten der Ukraine, der am 25. Mai 2014 gewählt wurde? (%)



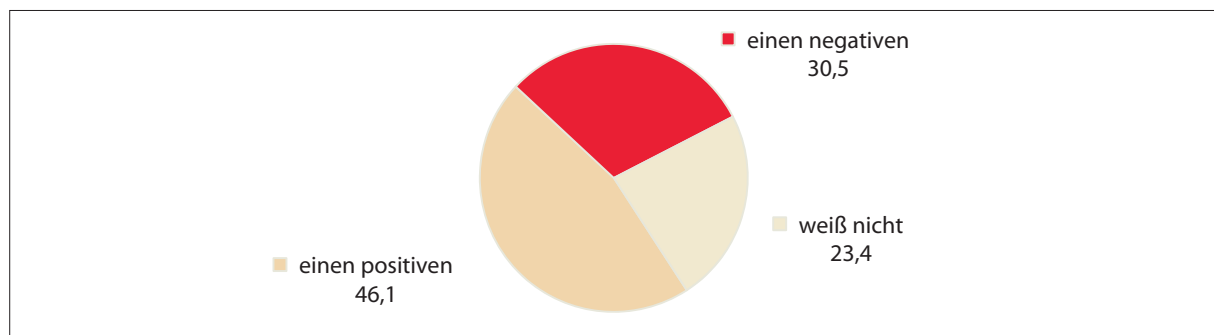
Quelle: IISEPS, Infofocus, Juni 2014, <www.iiseps.org>

Grafik 4: Stimmen Sie der Bewertung zu, dass die Teilnehmer an den bewaffneten Protesten im Osten der Ukraine »Terroristen« sind? (%)



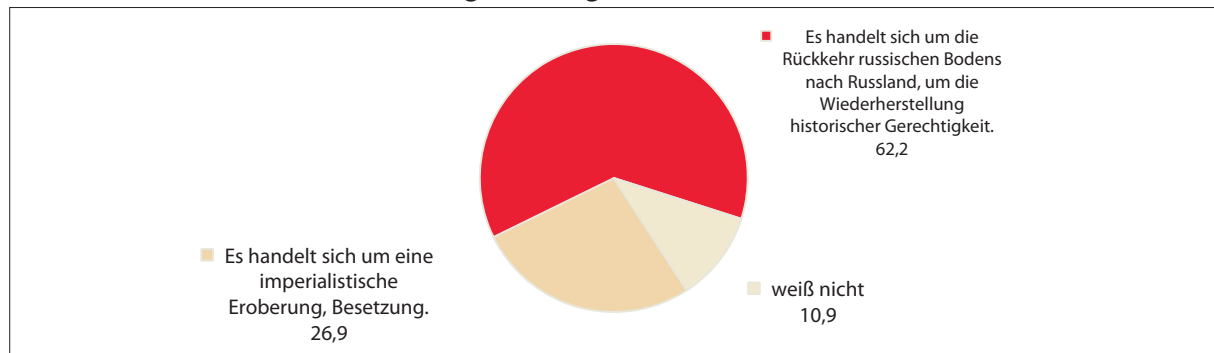
Quelle: IISEPS, Infofocus, Juni 2014, <www.iiseps.org>

Grafik 5: Welchen Einfluss übt Russland auf die Ukraine aus? (%)



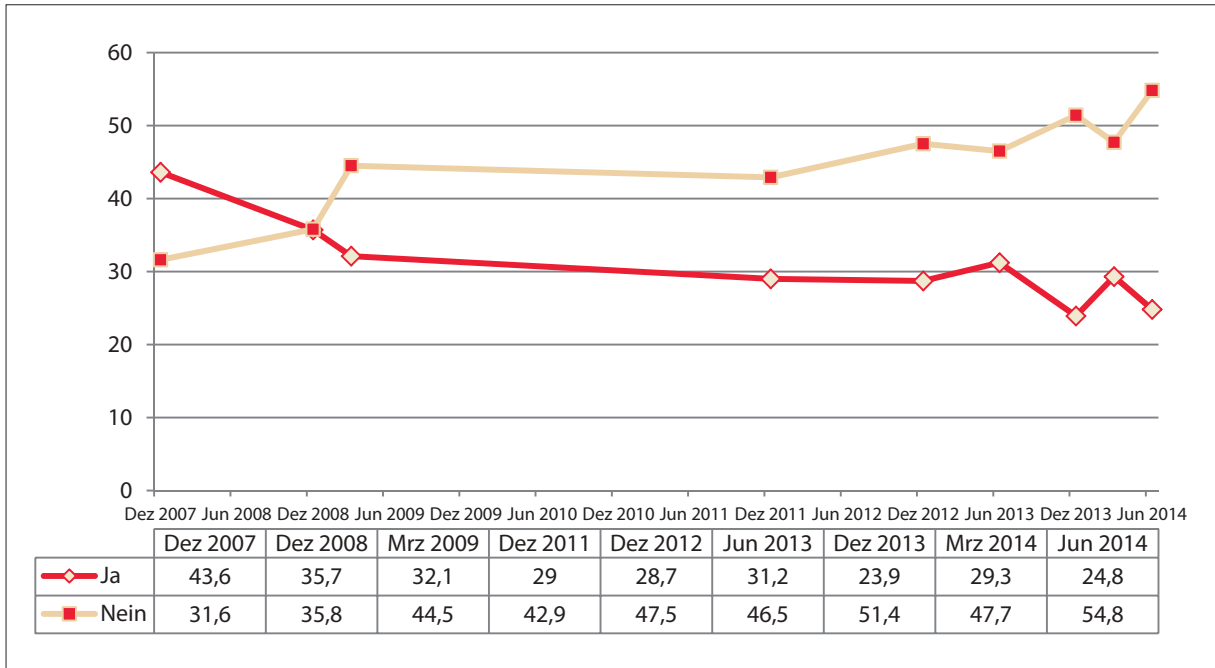
Quelle: IISEPS, Infofocus, Juni 2014, <www.iiseps.org>

Grafik 6: Wie bewerten Sie die Angliederung der Krim an Russland? (%)



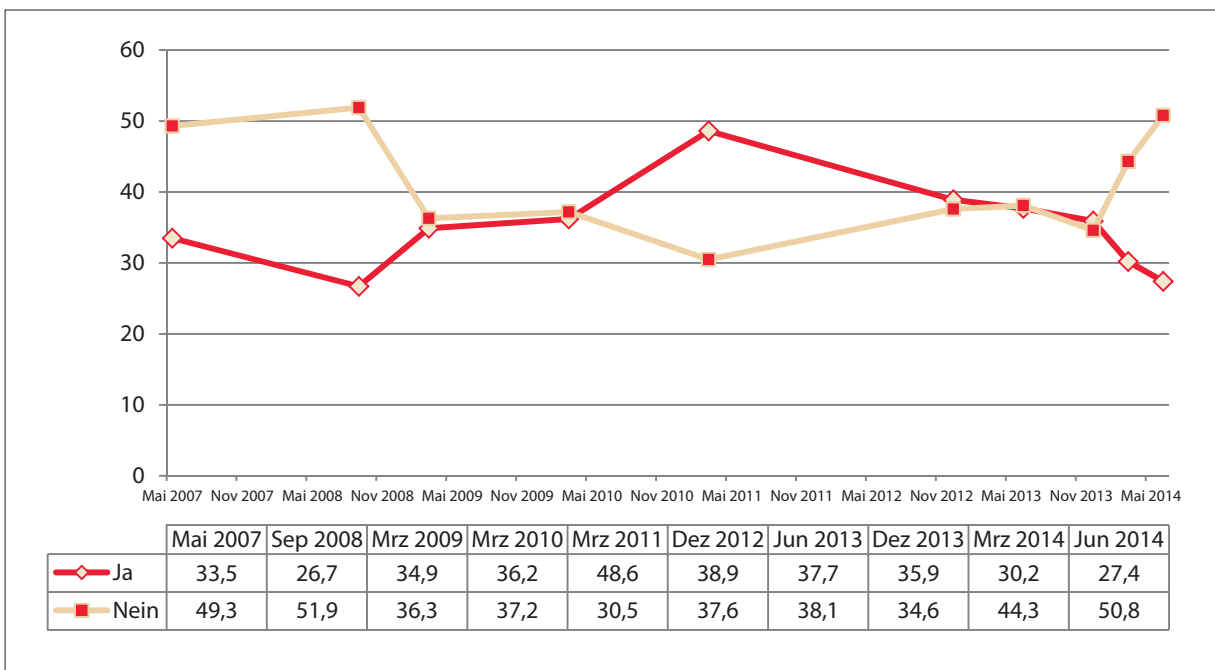
Quelle: IISEPS, Infofocus, Juni 2014, <www.iiseps.org>

Grafik 7: Wenn heute ein Referendum über die Vereinigung von Belarus und Russland stattfände, wie würden Sie wählen? (%)



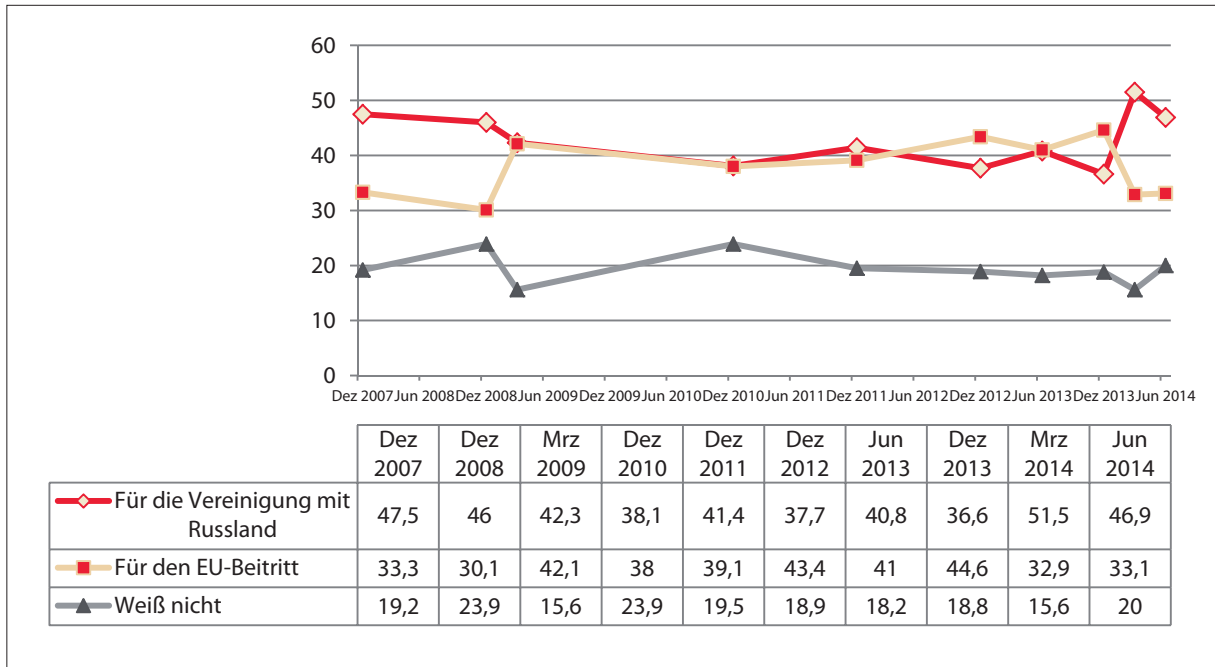
Quelle: IISEPS: Geopoliticheskie trendy, Juni 2014, <www.iiseps.org>

Grafik 8: Wenn heute ein Referendum zur Frage, ob Belarus der EU beitreten soll, stattfinden würde, wie würden Sie abstimmen? (%)



Quelle: IISEPS: Geopoliticheskie trendy, Juni 2014, <www.iiseps.org>

Grafik 9: Wenn Sie zwischen der Vereinigung mit Russland und dem Beitritt zur EU wählen müssten, wie würden Sie wählen? (%)



Quelle: IISEPS: Geopoliticheskie trendy, Juni 2014, <www.iiseps.org>

26. März – 30. Juni 2014

26.03.2014	Nach Aussage des Ministers für Wohn- und Kommunalwirtschaft Andrej Schorez lohnt es sich nicht für die Verwertung der 27 Tonnen Altbatterien, die in Belarus gesammelt wurden, einen Betrieb zu gründen. Stattdessen werde die Verwertung durch ein russisches Unternehmen diskutiert. Schorez kündigt zudem an, ein Institut prüfen zu lassen, ob sich die Wiederverwertung von Tetra Pak-Verpackungen in Belarus lohnt.
26.03.2014	Die meisten der Aktivisten, die bei der diesjährigen Oppositions-Kundgebung zum »Dsen Woli« (»Tag des Willens«) am 25.03. verhaftet wurden, entlässt die Polizei ohne Aufnahme eines Protokolls.
26.03.2014	Aljaksandr Lukaschenka gibt dem ukrainischen TV-Moderator Sawik Schuster ein Interview.
26.03.2014	Die belarussische Regierung kündigt an, dass die russische »WTB Bank« auch in 2014 günstige Darlehen für den Kauf belarussischer Technik-Produkte in Russland anbieten wird.
27.03.2014	Bei einer Pressekonferenz in Minsk äußert sich der russische Botschafter in Belarus Aleksandr Surikow besorgt über die Porträts ukrainischer Politiker wie Bandera und Schuchewytsch, die Anhänger der Opposition am »Dsen Woli« (»Tag des Willens«) bei sich tragen. Zudem bedankt er sich bei Aljaksandr Lukaschenka für seine Position in der Krim-Frage.
27.03.2014	In der UN-Vollversammlung wird die Angliederung der Krim an Russland von 100 Staaten in einer Resolution verurteilt. 58 Staaten enthalten sich. Belarus und zehn weitere Staaten stimmen gegen die Resolution. Der Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums erklärt einen Tag später, Belarus habe gegen die UN-Resolution gestimmt, da die Ukraine-Krise nicht durch eine UN-Resolution zu lösen sei.
27.03.2014	Der Verband der belarussischen jüdischen Organisationen und Gemeinden wählt Baris Hersten zum neuen Vorsitzenden.
27.03.2014	In Kambodscha eröffnet die erste Fabrik für belarussische Traktoren in Süd-Ost-Asien.
28.03.2014	Die zentrale Wahlkommission veröffentlicht die offiziellen Ergebnisse der Kommunalwahlen. Insgesamt wurden 18.809 Lokalabgeordnete gewählt. Die Wahlbeteiligung lag bei 77,4 %, wobei 32 % der Wähler an der »vorzeitigen Abstimmung« teilnahmen. Aus den Reihen der Opposition wurden insgesamt sieben Kandidaten gewählt, dies entspricht einem Anteil von 0,04 % aller gewählten Abgeordneten. Die Leiterin der Wahlkommission Lidija Jermoschina bekundet, die Wahlen seien ohne ernsthafte Mängel verlaufen.
29.03.2014	Aljaksandr Lukaschenka empfängt den ukrainischen Übergangspräsidenten Oleksandr Turtschynow in seiner Residenz in Ljaskawitschi. Es sei zu einer Verständigung in allen aktuellen Fragen gekommen, so Lukaschenka.
31.03.2014	Bei der Eröffnung eines neuen Büros der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) in Minsk bekundet der EBRD-Vizepräsident für politische Fragen András Simor, die EBRD sei im Falle umfassender Reformen bereit zu einer ausgeweiteten Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen in Belarus. Er benennt die Investitionen der EBRD in Belarus in 2013 mit 255 Millionen Euro.
31.03.2014	Der Vorsitzende der Vereinigten Bürgerpartei Anatol Ljabledska wird aus der Haft entlassen. Ljabledska wurde am 17. März wegen »leichtem Hooliganismus und Verstößen gegen die Ordnung bei der Durchführung von Massenveranstaltungen« zu 15 Tagen Haft verurteilt.
31.03.2014	Aljaksandr Lukaschenka beauftragt die Präsidial-Administration mit der Erstellung eines Anti-Korruptionsberichts.
01.04.2014	Die Preise für Bahnfahrten in Belarus werden um 30 % angehoben.
01.04.2014	Aljaksandr Lukaschenka empfängt in Minsk den russischen Vize-Premier und Vorsitzenden der Kommission für Militärindustrie Dmitrij Rogosin. Der belarussische Präsident bekundet bei dem Treffen, dass Belarus »in jeder Situation« zu Russland halten werde.
01.04.2014	In Brüssel führt die Belarus-Arbeitsgruppe der Parlamentarischen Versammlung der Östlichen Partnerschaft Euronest eine Debatte zur aktuellen Situation in Belarus durch, an der belarussische Oppositionspolitiker teilnehmen. Der eingeladene belarussische Außenminister Uladsimir Makej nimmt nicht an dem Treffen teil. Dem von Makej als Vertreter der belarussischen Regierung benannten Botschafter wird die Teilnahme an der Sitzung nicht gestattet.
02.04.2014	In Minsk findet eine Sitzung der belarussisch-polnischen Arbeitsgruppe zu Handelsfragen und Investitionen im Rahmen der belarussisch-polnischen Kommission für ökonomische Zusammenarbeit statt.
02.04.2014	Der Menschenrechtler Ales Bjaljzki wird von der schwedischen Organisation »Civil Rights Defenders« zum »Menschenrechtler des Jahres« gewählt.

04.04.2014	Außenminister Uladsimir Makej trifft in Moskau mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow zusammen. Bei dem Gespräch wird entschieden, dass Belarus nach der Absage durch die Ukraine den Vorsitz der GUS übernimmt.
04.04.2014	Bei einem Treffen mit dem Gouverneur der russischen Oblast Kaluzhsk äußert Aljaksandr Lukaschenka, Belarus sei bereit für Russland in der Ukraine zu arbeiten, wenn dies notwendig sei. Die Sanktionen des Westens gegen Russland würden nach Aussage von Lukaschenka ohne Effekt bleiben.
08.04.2014	Der Taxiunternehmer und Regimegegner Mikalaj Awtuchowitsch wird nach fünf Jahren Haft entlassen. Er sehe sich nicht als Mitglied irgendeiner politischen Organisationen – so Awtuchowitsch nach seiner Entlassung.
09.04.2014	Uladsimir Makej empfängt den außerordentlichen und bevollmächtigten syrischen Botschafter in Minsk. Es wird vereinbart, sich auf internationaler Ebene gegenseitig zu unterstützen.
10.04.2014	In Minsk findet ein runder Tisch zum Thema »Kooperation zwischen Staat und Gesellschaft gegen äußere Einflüsse und farbige Revolutionen« statt. Organisatoren sind der Staatssekretär des belarussischen Sicherheitsrats und der Sekretär der ODKB (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit).
10.04.2014	Der ukrainische Botschafter Michail Jezhel kehrt nach Minsk zurück. Er war am 25. März zu Konsultationen nach Kiew abgezogen worden. Als Grund für den Abzug gilt die Aussage von Aljaksandr Lukaschenka, die Krim sei de-facto russisches Territorium.
11.04.2014	Offiziellen Daten zufolge erfüllen die zuständigen Ministerien und Abteilungen nicht die vereinbarte Exporthöhe. Statt der festgelegten 65 % der gesamten Industrieproduktion betrug der faktische Export im Januar und Februar nur 52,9 %.
11.04.2014	Die internationale Ratingagentur »Standard & Poor's« stuft die Bonität von Belarus als »BB-« ein.
12.04.2014	Die Opposition nimmt Gespräche über einen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen in 2015 auf.
15.04.2014	In Moskau treffen sich die Premierminister von Russland, Belarus und Kasachstan für vorbereitende Gespräche zur Unterzeichnung des Abkommens über die Eurasische Wirtschaftsunion. Dmitrij Medwedew bekundet, man habe bei den meisten Fragen einen Kompromiss gefunden.
15.04.2014	Außenminister Uladsimir Makej äußert bei einem Treffen in Moskau, die Sanktionen des Westens gegen Russland würden Nischen für belarussische Produkte auf dem russischen Markt eröffnen.
17.04.2014	In Minsk tritt bei der von »Für die Freiheit« organisierten internationalen Konferenz »Transformationsprogramm für Belarus: regionale Erfahrungen und Herausforderungen« der polnische Wirtschaftsexperte und ehemalige Finanzminister Leszek Balcerowicz auf.
22.04.2014	Präsident Aljaksandr Lukaschenka äußert in seiner jährlichen Ansprache an das Parlament und die belarussische Bevölkerung, dass Belarus in der derzeitigen politischen Situation in Osteuropa seine nationale Souveränität erhalten und eine Spaltung der belarussischen Gesellschaft verhindert werden müsse. Die Integration mit Russland und Kasachstan im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion bezeichnet Lukaschenka als Schlüsselprojekt für 2014, Russland als einzigen Verbündeten. An einer Föderalisierung der Ukraine sei Belarus nicht interessiert, als Nachbar wolle man eine geeinte und stabile Ukraine.
23.04.2014	Bei einem Treffen mit dem Premierminister von Kambodscha Hun Sen äußert Aljaksandr Lukaschenka, dass er große Perspektiven für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Belarus und Kambodscha sehe.
23.04.2014	Die Vereinte Bürgerpartei (UPD) kündigt an, ihren Präsidentschaftskandidaten in internen Primaries wählen zu wollen.
24.04.2014	Der Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums erklärt bei einer Pressekonferenz, dass die Stationierung von Nato-Truppen unweit der belarussischen Grenze in Polen und im Baltikum keine Besorgnis bei der belarussischen Regierung auslöse.
24.04.2014	Die deutsch-schweizerische NGO »Libereco — Partnership for Human Rights« ruft die belarussische Regierung dazu auf, alle politischen Gefangenen vor Beginn der Eishockey-Weltmeisterschaft aus der Haft zu entlassen.
25.04.2014	Bei einem Treffen mit der Bevölkerung von Klimawitschy empfiehlt Aljaksandr Lukaschenka dem Westen und Russland sich in Bezug auf die Ukraine-Frage »zu beruhigen«.
26.04.2014	Zum Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe führt die Opposition den jährlich stattfindenden »Tschernobyl-Marsch« durch. Nach Angaben von Journalisten nehmen ca. 700 Menschen an der Veranstaltung teil. Vor der Kundgebung waren mehrere Oppositionspolitiker verhaftet worden.

26.04.2014	In einem Interview mit der tschechischen Zeitung »Lidové noviny« äußert Außenminister Makej, dass es in der Eurasischen Wirtschaftsunion ohne die Berücksichtigung belarussischer Interessen zu keinen Entscheidungen kommen würde. Des Weiteren erklärt er, in Belarus würde Wildnis herrschen, sollte einer der vom Westen unterstützten Oppositionellen an die Macht kommen. Er sehe keine Person, die Aljaksandr Lukaschenka ersetzen könne.
28.04.2014	Belarus und Litauen haben 17 gemeinsame Anträge auf Förderung aus den Rahmenprogrammen der EU erarbeitet.
29.04.2014	Die Staatsechefs von Belarus, Russland und Kasachstan treffen sich in Moskau zu Gesprächen über die Eurasische Wirtschaftsunion. Aljaksandr Lukaschenka äußert bei der Eröffnung des Treffens, wenn die Länder nicht bereit seien, vorherige Absprachen umzusetzen, so brauche man über die Wirtschaftsunion erst in zehn Jahren zu sprechen. Der russische Präsident Wladimir Putin betont, dass zwar noch ungeklärte Fragen bestünden, aber Kompromisse gefunden würden.
02.05.2014	Mehrere international bekannte Menschenrechtsorganisationen, NGOs und Stiftungen (u. a. Freedom House, Helsinki Komitee, KAS, Ostgruppe) rufen die belarussische Regierung kurz vor Beginn der Eishockey-WM zu Fair Play in der Innenpolitik auf.
03.05.2014	Als Reaktion auf die Ereignisse in Odessa fordert die belarussische Regierung die ukrainische Regierung dazu auf, das Blutvergießen in der Ukraine unverzüglich zu beenden und einen nationalen Dialog einzuleiten.
03.05.2014	Bei einem Besuch in Baryssau äußert Aljaksandr Lukaschenka, dass Belarus bei ungleichen Bedingungen und wenn mit Verlusten zu rechnen sei, der Eurasischen Union nicht beitreten könne.
04.05.2014	Die Oppositionsbewegung »Für die Freiheit« ruft die belarussische Regierung dazu auf, die Verbreitung von Sankt-Georgs-Bändern im öffentlichen Raum zu verbieten. Die Bänder gelten als Symbol der prorussischen Demonstranten in der Ukraine.
05.05.2014	Eine belarussische Delegation nimmt am Abu Dhabi Ascent 2014 teil, einem Vorbereitungstreffen für den UN-Klimagipfel, der im September in New York stattfinden soll.
05.05.2014	Im türkischen Izmir wird ein »Tag der belarussischen Wirtschaft« durchgeführt. Rund 50 türkische Unternehmer nehmen daran teil.
07.05.2014	Aljaksandr Lukaschenka trifft sich in Moskau zu Gesprächen mit Wladimir Putin. Gesprächsthema sind u. a. Fragen zum Vertrag für die Eurasische Union, der Ende Mai unterschrieben werden soll.
07.05.2014	Dem Leiter der schwedischen Menschenrechtsorganisation »Ostgruppe« Martin Uggla wird die Einreise nach Belarus verweigert.
07.05.2014	Die belarussischen Oppositionspolitiker Ihar Rynkewitsch und Stanislaw Schuschkekewitsch treffen sich für das »Belarussische Komitee für Solidarität mit der Ukraine« mit den früheren ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk und Wiktor Juschtschenko in Kiew.
08.05.2014	In Moskau findet ein informelles Treffen der Staatsechefs von Belarus, Russland, Armenien, Kirgistan und Tadschikistan statt, die gemeinsam eine Übung der russischen Streitkräfte besuchen. Aljaksandr Lukaschenka bekundet, man müsse sich vor den Sanktionen des Westens nicht fürchten.
09.05.2014	Aljaksandr Lukaschenka berichtet bei einem Treffen mit Journalisten, er habe am 8. Mai mit dem russischen Staatsechef vereinbart, dass Russland Belarus noch im Mai einen Kredit in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen werde. Bei dem Gespräch seien zudem fast alle Fragen zur Eurasischen Union in Moskau geklärt worden. Er werde die Unterzeichnung des Abkommens über die Eurasische Wirtschaftsunion nicht blockieren.
09.05.2014	In Minsk wird offiziell die 78. Hockey-Weltmeisterschaft eröffnet.
12.05.2014	Dem polnischen EP-Abgeordneten Marek Migalski wird die Einreise nach Belarus verweigert.
13.05.2014	Der stellvertretende Direktor des Departements für Energieeffizienz Uladsimir Komashka erklärt, dass Belarus Finnland und Kanada in Bezug auf die Indikatoren für Energieeffizienz eingeholt habe. 1997 habe Belarus pro 1000 Dollar BIP 650 kg Öläquivalent verbraucht. Heute seien es nur 240 kg.
13.05.2014	Außenminister Uladsimir Makej trifft in Minsk mit der griechischen Botschafterin Danai-Magdalini Koumanakou zusammen und bespricht Fragen der belarussischen-griechischen Zusammenarbeit sowie das Verhältnis zur EU.
14.05.2014	Eine belarussische Delegation unter der Führung des Wirtschaftsministers Mikolaj Snapkau nimmt an der Jahrestagung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in Warschau teil.

15.05.2014	Aleh Kerol, Aktivist der Jugendorganisation »Alternative«, wird wegen »leichtem Hooliganismus« zu 25 Tagen Haft verurteilt. Kerol war am 13. Mai verhaftet worden, weil er vor der Minsker Nationalbibliothek Flugblätter mit dem Aufruf zur Solidarität mit politischen Gefangenen verteilt hatte.
15.05.2014	Bei einem Treffen mit dem ukrainischen Botschafter Michail Jezhel äußert Aljaksandr Lukaschenka, dass er gegen eine Einbeziehung der Ukraine in jegliche militärische Blöcke und den Einmarsch von Truppen in die Ukraine sei.
15.05.2014	Die Eurasische Bank für Entwicklung (EDB) stellt dem belarussischen Autowerk »BelAs« einen Kredit in Höhe von 75 Millionen US-Dollar zur Verfügung.
16.05.2014	Als Reaktion auf die zweite in 2014 in Belarus vollstreckte Todesstrafe fordert Thorben Jagland, Generalsekretär des Europarats, Belarus erneut auf, ein Vollstreckungsmoratorium einzuführen.
16.05.2014	Die EU äußert sich besorgt über Einschüchterungen und willkürliche Festnahmen dutzender Oppositioneller und Vertreter der Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit der Eishockey-WM und fordert die belarussische Staatsführung auf, diese Handlungen unverzüglich zu unterlassen.
16.05.2014	Der belarussische Ministerpräsident Michail Mjasnikowitsch schlägt vor, die belarussischen und iranischen Anstrengungen zur Verringerung der negativen Konsequenzen westlicher Sanktionen zu vereinigen.
19.05.2014	Offiziellen Statistiken zufolge ist das Handelsvolumen zwischen Belarus und der Ukraine im ersten Quartal des Jahres 2014 im Vergleich zur analogen Vorjahresperiode um 200 Millionen US-Dollar (13,7 %) gefallen.
20.05.2014	Der italienische Abgeordnete Andrea Rigoni wird zum zweiten Mal zum Sonderberichterstatler der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) für Belarus ernannt. Das belarussische Außenministerium meldet, man habe die Hoffnung, die Tätigkeit von Rigoni werde zum Dialog beitragen.
20.05.2014	Der stellvertretende Wirtschaftsminister Aljaksandr Jaroschenka äußert bei einem Treffen mit chinesischen Wirtschaftsvertretern, Belarus hoffe auf die Expertise Chinas bei Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung.
20.05.2014	Belarus beschließt, 2014 eine Botschaft in Pakistan zu eröffnen.
20.05.2014	Der ehemalige politische Gefangene Aljaksandr Franzkewitsch wird nach 25 Tagen aus der Haft entlassen. Franzkewitsch wurde im Vorfeld des »Tschernobyl-Marsches« wegen »Missachtung der Polizei und Fluchen im öffentlichen Raum« verurteilt. Nach Aussagen von Menschenrechtsschützern wurden im Vorfeld der Eishockey-WM mehr als 30 Aktivisten verhaftet.
20.05.2014	Im Interview mit der russischen Journalistin Ksenija Sobtschak äußert Aljaksandr Lukaschenka, er halte das Prinzip des Machtwechsels nicht für »heilig«. Er habe Zweifel daran, dass die Opposition bereit sei, die Führung in Belarus zu übernehmen. Für die Opposition zu arbeiten sei zudem eine gute Verdienstmöglichkeit. Ksenija Sobtschak schenkt dem belarussischen Präsidenten im Anschluss an das Gespräch das Buch »Der Herbst des Patriarchen« von Gabriel García Márquez.
22.05.2014	Dem britischen Journalisten Jonathan Rugman (Channel 4) wird die Einreise nach Belarus verweigert.
23.05.2014	Die Bewegung »Für die Freiheit« fordert die belarussische Regierung dazu auf, die Visapflicht für Bürger aus der EU und einigen weiteren Staaten abzuschaffen.
24.05.2014	Der tadschikische Präsident Emomali Rahmon trifft zu Gesprächen mit Aljaksandr Lukaschenka in Minsk ein. Es wird ein Dokumentenpaket zur Ausweitung der Zusammenarbeit im industriellen, sozialen und humanitären Bereich unterzeichnet.
24.05.2014	Nach Angaben des Vorsitzenden der »Nationalen Front« Aljaksej Janukewitsch wird die Opposition bei einem Kongress der demokratischen Kräfte in Belarus einen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen wählen.
25.05.2014	Petro Poroschenko wird mit 54,69 % der Stimmen zum ukrainischen Präsidenten gewählt. Das belarussische Außenministerium erklärt in einer Mitteilung, Belarus würde die Wahl des ukrainischen Volkes respektieren und sei zur weiteren konstruktiven Zusammenarbeit mit seinem Nachbar bereit. Aljaksandr Lukaschenka und mehrere belarussische Oppositionspolitiker gratulieren Poroschenko zum Wahlsieg.
26.05.2014	Bei einer Pressekonferenz in Kiew erklärt der neu gewählte ukrainische Präsident Petro Poroschenko, Belarus solle alle Vorteile der Östlichen Partnerschaft nutzen.
28.05.2014	Helen Clark, Leiterin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), besucht auf Einladung der belarussischen Regierung Minsk.
28.05.2014	Die Minsker Stadtverwaltung untersagt der Oppositionspartei »Belarussische Nationale Front«, eine Solidaritäts-Kundgebung für die Ukraine durchzuführen.

29.05.2014	Aljaksandr Lukaschenka unterschreibt in Astana das Abkommen über die Eurasische Wirtschaftsunion. Er hoffe, dass alle problematischen Fragen demnächst geklärt würden. Der unabhängige Wirtschaftsexperte Sjarhei Tschaly erklärt, durch das Unterschreiben des Abkommens ändere sich für Belarus nichts, da dieses auf der bereits bestehenden Zollunion basiere.
30.05.2014	In Minsk findet unter dem Vorsitz des belarussischen Premierministers Michail Mjasnikowitsch eine Sitzung der GUS statt, an der Vertreter aus zehn Ländern teilnehmen.
31.05.2014	In Minsk findet der 16. Kongress der Vereinten Bürgerpartei statt, an dem mehr als 100 Delegierte teilnehmen. Als einziger Kandidat für den Parteivorsitz und als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen wird der aktuelle Vorsitzende Anatol Ljabledska aufgestellt.
01.06.2014	Die Aktivistin der Jugendorganisation »Alternative« Wolha Shuraweu wird für das Halten eines Plakats mit der Aufschrift »Tod den russischen Okkupanten« zu einer Geldstrafe von 750 Tausend BYR (ca. 50 Euro) verurteilt.
03.06.2014	Bei einem Treffen mit den Teilnehmern des IV. Katholisch-Orthodoxen Forums äußert sich Aljaksandr Lukaschenka besorgt über die »moralische Verformung der Gesellschaft«. An dem Forum mit dem Titel »Religiöse und kulturelle Vielfalt: Herausforderungen für die christlichen Kirchen in Europa« nehmen Vertreter aus über 20 Ländern teil.
04.06.2014	Außenminister Uladsimir Makej trifft sich mit Eric Rubin, Deputy Assistant Secretary im Büro für Europäische und Eurasische Angelegenheiten im US-Außenministerium. Es werden Fragen der bilateralen Kooperation (Kampf gegen Menschenhandel, Ausweitung der ökonomischen Kontakte) besprochen. Rubin spricht die Menschenrechtssituation in Belarus an.
05.06.2014	In Minsk findet das »Forum der belarussischen und russischen Regionen« statt, an dem die Vorsitzende des russischen Föderationsrats Walentina Matwijenko teilnimmt. Aljaksandr Lukaschenka äußert während des Forums, dass die Eurasische Wirtschaftsunion nur den Anfang der Integration zwischen den Mitgliedsstaaten bilde. Eine politische und militärische Integration sei ebenfalls zu erwarten.
07.06.2014	Präsident Lukaschenka nimmt an der feierlichen Amtseinführung des neuen ukrainischen Präsidenten in Kiew teil. Journalisten gegenüber äußert Lukaschenka, die Ukraine sollte ein geeintes und starkes Land werden.
08.06.2014	In Minsk findet die Grundsteinlegung für eine Gedenkstätte am ehemaligen NS-Vernichtungsort Trastenez statt, an der Präsident Lukaschenka teilnimmt. In Trastenez sind zehntausende belarussische Bürger sowie über 20.000 jüdische Bürger, die aus Städten des damaligen Deutschen Reiches deportiert wurden, ermordet worden.
09.06.2014	Aljaksandr Lukaschenka erlässt ein Dekret, dass die Visafreiheit zwischen Belarus und Ecuador vorsieht.
10.06.2014	Außenminister Makej trifft sich mit Ethan Goldrich, dem US-amerikanischen Chargé d'Affaires in Minsk, um nach 2-jährigem Aufenthalt eine Bilanz der Kooperation zu ziehen.
11.06.2014	Der US-amerikanische Präsident Barack Obama verlängert die Sanktionen gegen Belarus um ein weiteres Jahr. Die Sanktionen wurden am 16. Juni 2006 eingeführt und richten sich gegen zehn Vertreter der belarussischen Regierung. Der Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums Mirontschik bezeichnet die Sanktionen als kontraproduktiv.
11.06.2014	Außenminister Makej sagt in einem Interview, die belarussische Regierung verspüre bisher keine Euphorie über das Abkommen über die Eurasische Wirtschaftsunion, da das Abkommen nicht den Vereinbarungen entspreche, die zuvor von den Mitgliedern deklariert worden waren.
12.06.2014	Aljaksandr Lukaschenka trifft sich in Serbien mit dem dortigen Präsidenten Tomislav Nikolić. Lukaschenka zufolge seien EU und USA bereit gewesen, alles daran zu setzen, dass das Treffen verhindert wird oder unbemerkt vonstatten geht. Während des Besuchs wird der belarussische Präsident mit der höchsten Auszeichnung der serbischen orthodoxen Kirche geehrt.
12.06.2014	Die Vertreter der sogenannten »Luhansker Volksrepublik« ersuchen Präsident Lukaschenka um die Anerkennung der nationalen Unabhängigkeit.
12.06.2014	Der belarussische Premierminister Michail Mjasnokowitsch reist zu Arbeitsgesprächen nach Turkmenistan.
13.06.2014	Die stellvertretende Außenministerin Aljona Kuptschyna trifft in Finnland zwei Regierungsvertreter, um Fragen der Zusammenarbeit mit der EU und innerhalb der Östlichen Partnerschaft zu besprechen.
15.06.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow trifft in Minsk ein, um mit der belarussischen Führung über die Situation in der Ukraine sowie die Beziehungen zu EU und OSZE zu sprechen. Außenminister Uladsimir Makej äußert bei dem Treffen, es gebe zwischen Russland und Belarus keine Probleme, aber einige Schwierigkeiten »technischen Charakters«.

17.06.2014	In Washington finden die ersten belarussisch-amerikanischen Konsultationen zur internationalen Sicherheit statt.
19.–26.06.2014	Außenminister Uladsimir Makej besucht Zentral- und Südamerika.
18.06.2014	Auf einer Sitzung des UN-Menschenrechtsrats in Genf stellt der Sonderberichtersteller für Belarus Miklós Haraszti seinen neuen Bericht vor. In Belarus würden systematisch Menschenrechte verletzt und das belarussische Parlament sei das einzige gesetzgebende Organ in Europa, in dem niemand von der Opposition vertreten sei. Der Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums Dmitrij Mirontschik erklärt am folgenden Tag, der einzige Mechanismus zur Überprüfung der Menschenrechtslage in Belarus sei der allgemeine Jahresbericht.
19.06.2014	Die belarussische Führung informiert die Bevölkerung, dass das Rentenalter nicht angehoben wird. Auch seien derzeit keine anderen Maßnahmen zur Reformierung des Rentensystems geplant.
20.06.2014	Bei einem Treffen mit einer chinesischen Delegation äußert Aljaksandr Lukaschenka, er sei sicher, die beiden Länder sollten gegenseitig mehr direkte Investitionen tätigen.
20.06.2014	Belarus und Osttimor nehmen diplomatische Beziehungen auf.
21.06.2014	In Minsk findet die Konferenz der nationalen Plattform des zivilgesellschaftlichen Forums innerhalb der Östlichen Partnerschaft statt.
21.06.2014	Ales Bjaljazki wird nach 1050 Tagen im Straflager vorzeitig und überraschend aus der Haft entlassen. Der Leiter des Menschenrechtszentrums »Wjasna« war im August 2011 zu 4,5 Jahren Straflager verurteilt worden.
22.06.2014	Die Vereinigten Staaten von Amerika begrüßen die Entlassung von Ales Bjaljazki. Für eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen mit Belarus sei es notwendig, dass alle politischen Gefangenen befreit würden.
23.06.2014	Zum 20. Mal jähren sich die ersten Präsidentschaftswahlen im postsowjetischen Belarus, bei denen Aljaksandr Lukaschenka erstmalig zum Präsidenten gewählt wurde.
26.06.2014	Der Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums Dmitrij Mirontschik erklärt, die Ukraine sei einer der wichtigsten Wirtschaftspartner von Belarus. Die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU sei zudem ihr souveränes Recht.
27.06.2014	Der UN-Menschenrechtsrat verlängert das Mandat des Sonderberichterstatters für Belarus Miklós Haraszti um ein weiteres Jahr.
30.06.2014	In Baku trifft sich die Arbeitsgruppe zu Belarus innerhalb der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (PA OSZE).
30.06.2014	Aljaksandr Lukaschenka beruft mehre Botschafter und Lilija Anaitsch zur neuen Informationsministerin.

Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Belarus-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und
Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Astrid Sahm (verantwortlich), Sabrina Bobowski

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>



Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.



IBB

Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

- Autoren der **Belarus Perspektiven** sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die **Belarus Perspektiven** beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der **Belarus Perspektiven** finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de